

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Jürgen Kühl, Ulrich Möller, Hermann J. Schulze

Fünftes mittelfristiges Schwerpunktprogramm des  
IAB für den Zeitraum 1988-1992

21. Jg./1988

**3**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30.  
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.  
ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

## Fünftes mittelfristiges Schwerpunktprogramm des IAB für den Zeitraum 1988-1992

### I. Vorwort

Das Fünfte Schwerpunktprogramm des IAB bildet unter Beibehaltung der bisherigen organisatorischen, personellen und finanziellen Gegebenheiten den Rahmen für die Aufgabenplanung des IAB im Zeitraum 1988 bis 1992. Es berücksichtigt die aus den Erörterungen mit den operativen und administrativen Führungsinstanzen der Bundesanstalt für Arbeit (Landesarbeitsämter, Fachabteilungen der Hauptstelle) sowie aus den ausführlichen Diskussionen in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) hervorgehenden Anregungen. Das Programm wurde von den gemeinsamen Ausschüssen für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Vorstands und des Verwaltungsrats der BA am 5. 7. 1988 verabschiedet.

Aufbau und Diktion des Programms sind absichtlich an das vierte Programm angelehnt. Vorgelegt wird also ein *Fort-schreibungsprogramm*; denn die im Vierten Schwerpunktprogramm beschriebenen Perspektiven für die Hauptprobleme der Arbeitsmarktentwicklung und für die einschlägige Forschung haben sich nicht nur als zutreffend eingeschätzt erwiesen, sondern auch als längerfristig aktuell. Der damals gesteckte Rahmen der Forschungsvorstellungen bleibt deshalb im wesentlichen relevant. Dies erlaubt, den damaligen Aufbau mit entsprechender Aktualisierung und Ergänzung beizubehalten und in ihm auch die Struktur der Aktivitäten der kommenden Jahre abzustecken. Neue Konsequenzen („Fazits“) für die Forschung werden dabei auf der Basis von Resümees der bisher abgewickelten Forschung entworfen. (Wegen dieser die Programmperiode übergreifenden Problemcharakteristik sind auch -gelegentlich sogar wörtliche - Übereinstimmungen mit Passagen des Vierten Schwerpunktprogramms nicht zufällig.) Gleichwohl werden *neue Akzente* gesetzt, insbesondere in folgenden Problemfeldern: Langzeitarbeitslosigkeit, Frauenerwerbsarbeit, institutionelle und betriebliche Aspekte des Arbeitsmarktes, Arbeitszeitverkürzung bzw. -flexibilisierung, ökonomische Auswirkungen des Arbeits- und Sozialrechts, Strukturänderungen des Erwerbspersonenpotentials (Frauen, Alterung), regionale und sektorale Arbeitsmarktstrukturen, europäischer Binnenmarkt und Umsetzung der Forschungsergebnisse.

Kernstück des Schwerpunktprogramms sind wieder „*Herausforderungen*“ an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Sie beschreiben den Forschungshintergrund aus der Sicht des IAB; ihre Darstellung dient dem Verständnis, der Ableitung und Rechtfertigung des Forschungsprogramms. Während das Programm den Rahmen absteckt, erfolgt seine Konkretisierung durch inhaltlich und zeitlich abgrenzbare Forschungsprojekte, von deren Ergebnissen Antworten auf bestimmte Fragen erwartet werden. Die

neuen Beschreibungen der Herausforderungen berücksichtigen auch inzwischen vorgelegte Forschungsergebnisse.

Die Fazits für die Forschung gehen kurz auf die im vorangegangenen Programmzeitraum geleistete Forschungsarbeit ein, auf der die für die Zukunft verpflichtenden *Fazits* beruhen.

Der Forschungssachstand des IAB wird durch die jeweils aktuellen *Arbeitsberichte* ausgewiesen (1988: 22. Arbeitsbericht). Daneben gibt es weiterhin forschungsbegleitende, überwiegend nicht in Projektform durchgeführte ständige Aufgaben.

*Rechtsgrundlage* für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der BA ist, wie für alle ihre Aufgaben, das Arbeitsförderungsgesetz (AFG), das den Forschungsauftrag verbindet mit dem Auftrag, die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mit dem BMA abzustimmen und die Forschungsergebnisse für die Durchführung der Aufgaben der BA auszuwerten. Die Richtlinien des Vorstands für die Führung der Geschäfte durch den Präsidenten der BA bestimmen deshalb ausdrücklich, daß die aus den Ergebnissen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gewonnenen Erkenntnisse von allen Dienststellen bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu verwerten sind. Dabei soll die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung insbesondere auch der Aufgabenerledigung der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter dienen und diesen eine entsprechende Nutzung ermöglichen.

Damit ist die *Umsetzung* der Forschungsergebnisse in die Verwaltungspraxis, zu der das IAB seine eigenen Beiträge leistet, auch eine an alle Mitarbeiter der BA gerichtete Forderung.

Das Fünfte mittelfristige Schwerpunktprogramm des IAB bietet über die Programmatik hinaus eine umfassende Darstellung der Beschäftigungsprobleme dieser Jahre und Einblick in die Ansätze der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es wird nicht nur in den „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ abgedruckt, sondern auch als Broschüre vorgelegt.

Die folgenden *17 Kernsätze* sind zugleich Gliederungspunkte des Programms.

- (1) Die Aufgaben, die sich aus dem anhaltenden globalen Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt ergeben, bleiben vorerst bestehen.
- (2) Die Grundziele des AFG werden seit Jahren verfehlt. Der verstärkte Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums hat allerdings noch höhere Arbeitslosigkeit verhindert. Aktive Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungspolitik sind deshalb ständig, ja zunehmend gefordert.

\*) Redaktionelle Betreuung: Jürgen Kühl, Ulrich Möller, Hermann J. Schulze

- (3) Für die regionale Arbeitsmarktpolitik bleibt großer Handlungsbedarf bestehen, weil die Unterbeschäftigung sehr ungleich auf die Regionen verteilt ist.
- (4) Die neuen Formen des Erwerbsverhaltens erfordern aufmerksame Beobachtung und gründliche Analysen.
- (5) Die Verhaltensweisen der Anbieter von Arbeitsplätzen sind im Umbruch und deshalb in Forschung und Politik stärker zu berücksichtigen.
- (6) Die internationale Verflechtung der Arbeitsmärkte erfordert weiterhin Auslands- und Ausländerforschung im Hinblick auf den deutschen Arbeitsmarkt, vor allem wegen der geplanten Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992.
- (7) Grundlegend veränderte Rahmenbedingungen gehen mit anhaltend starkem Strukturwandel in Wirtschafts- und Arbeitswelt einher.
- (8) Aspekte und Entwicklungen von beruflicher Stabilität und Flexibilität gewinnen für Bildung und Beschäftigung immer mehr an Bedeutung.
- (9) Durch den Übergang von geburtenstarken zu geburtenschwachen Jahrgängen ergeben sich neue quantitative und qualitative Abstimmungsprobleme zwischen dem Bildungs- und dem Beschäftigungssystem.
- (10) Bei gestiegenem Problembewußtsein des einzelnen infolge anhaltend ungünstiger Arbeitsmarktlage wird eine differenzierte Information über Arbeit und Beruf wichtiger denn je.
- (11) Die ambivalenten Beziehungen zwischen technischer Entwicklung und Arbeitsmarkt verlangen nach Klärung und Aufklärung.
- (12) Im Zuge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung sowie als Folge technisch-organisatorischen Wandels verändern sich die betrieblichen Anforderungen an die Arbeitszeit wie auch die Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer, so daß zwischen den Beteiligten konsensfähige Arbeitszeitmuster gefragt sind.
- (13) Arbeitsmarktungleichgewichte und der Strukturwandel betreffen einzelne Personengruppen besonders stark.
- (14) Trotz Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit stoßen die Wünsche von immer mehr Frauen nach einer Berufstätigkeit weiterhin auf eingeschränkte Erwerbschancen.
- (15) Bei der Informationsbeschaffung muß die Forschung bewährte Verfahren weiterentwickeln, aber auch neue Methoden erproben.
- (16) Öffentlichkeit, Transparenz und Effizienz von Forschung sind durch Information und Dokumentation zu sichern.
- (17) Steigende Bedürfnisse der Forschung und neue technische Möglichkeiten erhöhen die Ansprüche an die Datenverarbeitung im IAB.

## II. Das IAB kurz gefaßt: Zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der Bundesanstalt für Arbeit und zur Arbeitsweise des IAB

(a) Die im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit (BA) durchgeführte Forschung dient der Erfüllung einer *gesetzlichen Aufgabe*. Das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969 gibt der BA ausdrücklich den Auftrag, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu betreiben (§ 3 Abs. 2 Satz 2). Hierunter versteht das Gesetz, „Umfang und Art der Beschäftigung sowie Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, der Berufe und der beruflichen Bildungsmöglichkeiten im allgemeinen und in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsgebieten, auch nach der sozialen Struktur, zu beobachten, zu untersuchen und (die Ergebnisse) für die (anderen) Aufgaben der Bundesanstalt auszuwerten“ (§ 6 Abs. 1 Satz 1). Damit hat der Gesetzgeber einen weiten Rahmen für die Forschungstätigkeit des IAB abgesteckt. Für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind insbesondere die Vorschriften der §§ 1, 2, 3, 6, 7, 9, 15, 31, 191 des AFG von Bedeutung.

(b) Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist die Forschungseinrichtung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg und als Abteilung VII Bestandteil ihrer Hauptstelle. Es verfügte Ende 1987 über rund 90 Planstellen. Der Vorstand der Bundesanstalt entschied im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern, daß das IAB als *Forschungseinrichtung des Bundes* im Sinne der Bundeslaufbahnverordnung anzusehen ist. Bei den neun Landesarbeitsämtern bestehen Forschungsreferate,

in zehn ausgewählten Arbeitsämtern arbeiten Forschungs-sachbearbeiter für das IAB. Für die Auswertung von Erhebungen steht dem IAB das Rechenzentrum im Zentralamt der BA zur Verfügung. Die Ausschüsse für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Verwaltungsrats und des Vorstands der BA beraten jeweils gemeinsam; sie halten die Verbindung der zentralen Selbstverwaltungsorgane zum Institut. Diese Einbindung des Instituts bedingt den *Praxisbezug* seiner Forschungsvorhaben und erleichtert die geschäftspolitische Umsetzung ihrer Ergebnisse.

Im letzten Jahr des auslaufenden Programmzeitraums jährte sich zum 20sten Mal der Tag der Arbeitsaufnahme des IAB. Die seinerzeit geschaffene *Organisationsform* blieb im wesentlichen unverändert. Bereichsgliederung und Infrastrukturen bildeten langfristig günstige Rahmenbedingungen für wissenschaftliche und wirtschaftliche Effizienz. Innovationen und Flexibilität in den bearbeiteten Themenschwerpunkten waren immer gewährleistet. Die Organisationseinheiten erwiesen sich als stabiles Fundament, auf dem flexible Leistungsprogramme und einem sich wandelnden Bedarf entsprechende Forschungs- und Arbeitsvorhaben entwickelt werden können, ohne daß neue Schwerpunktsetzungen jeweils grundlegende organisatorische Umstellungen notwendig machen würden.

Das IAB erfüllt seine *Forschungsaufgaben* durch eigene Forschung, Forschungsaufträge, Erhebungen, Beiträge zur Abstimmung der einschlägigen Forschung, Förderung

arbeitsmarktstatistischer Aktivitäten, Dokumentation und Information, Beiträge zur Umsetzung von Forschungsergebnissen, Politikberatung, Vertragsforschung.

(c) Die Abstimmung seiner Forschungsprogramme mit Fachabteilungen, Geschäftsleitung, Selbstverwaltungsorganen und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und die institutionelle Eingliederung des IAB in eine Behörde beeinträchtigen die *Freiheit der wissenschaftlichen Durchführung des Forschungsprogramms und die Öffentlichkeit der Forschungsergebnisse* nicht. Die Programmabwicklung durch die Bearbeitung von Forschungsprojekten geschieht nach wissenschaftseigenen Kriterien. Der Abschluß der Projekte erfolgt in aller Regel durch eine wissenschaftliche Veröffentlichung. Diese Veröffentlichungen sind *nicht als geschäftspolitische Äußerungen* der BA zu irgendeiner Sachfrage zu verstehen. Die geschäfts- und allgemeinpolitische Weiterverarbeitung von Forschungsergebnissen wird dagegen mit den für diese Weiterverarbeitung zuständigen Stellen unter Aspekten der Wirksamkeit abgestimmt. Hier bewährt sich die Einbindung des IAB in die BA mit ihren Möglichkeiten – sowohl intern für die Geschäftspolitik und die Arbeitsämter als auch über die Vertreter der Selbstverwaltung im Einvernehmen mit den Sozialpartnern und den öffentlichen Körperschaften aller Ebenen –, Prinzipien und Strategien der Aufgabendurchführung zu entwickeln und zu verwirklichen.

(d) Mit wachsender Kompetenz des IAB hat sich in gewissem Umfang eine *Vertragsforschung* für andere Institutionen ergeben. Die Zusammenarbeit des IAB mit verschiedenen öffentlich-rechtlichen Institutionen, vor allem Bundesressorts und EG-Kommission, bringt es mit sich, daß Forschungsprojekte konzipiert werden, an denen beide Teile gleichermaßen interessiert sind.

Wenn das IAB über die erforderlichen Vorarbeiten, die Sachkompetenz und die infrastrukturellen Voraussetzungen verfügt und sich im Rahmen seines Forschungsprogramms zu gegebener Zeit ohnehin mit der Materie zu befassen hätte, übernimmt es (Vorstandsbeschluß von 1970) die Durchführung solcher Projekte im Rahmen von *Verwaltungsvereinbarungen* mit Kostenerstattung durch den jeweiligen Partner; dabei wird die fehlende personelle Kapazität durch befristet eingestelltes Zusatzpersonal geschaffen.

(e) Die Durchführung oder Betreuung von *Erhebungen* gehört zum Standardprogramm des IAB. Einige Erhebungen sind von Zeit zu Zeit zu wiederholen, weil im Zuge der strukturellen Wandlungen neue Daten benötigt werden. Dazu rechnen insbesondere Erfolgskontrolluntersuchungen (Fortbildung und Umschulung, Rehabilitation usw.) und Berufswechseluntersuchungen. Als Schwerpunkte des Erhebungsprogramms des IAB haben sich Projekte zur *Wirkungsforschung* arbeitsmarktpolitischer Instrumente und *Verlaufsuntersuchungen* bei Jugendlichen auf dem Wege vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem sowie bei Erwerbspersonen ergeben. Da die vergangenen Jahre ganz im Zeichen der personellen und finanziellen Anforderungen an die Dienste und Leistungen der BA standen, konnten die Dienststellen nicht mehr für die Durchführung von Erhebungen herangezogen werden. Zum Teil wurden andere Wege beschritten (postalische Befragungen, auch durch andere Institute aufgrund von Finanzierungsvereinbarungen). Die Forschungsausschüsse der zentralen Selbstverwaltungsorgane der BA werden über den Fortgang der Erhebungsprojekte unterrichtet.

(f) Die Verbindung zu der an den Hochschulen betriebenen Wissenschaft, insbesondere zur Grundlagenforschung, wird systematisch durch jährliche mehrtägige *Kontaktseminare* gepflegt. Diese finden an wechselnden Hochschulen in Zusammenarbeit mit einem Lehrstuhl und unter jeweils einem Rahmenthema statt. Die Referate und Diskussionsbeiträge werden veröffentlicht.

Der Kontakt zur BA-eigenen Aus- und Fortbildungsstätte in Mannheim – Fachbereich Arbeitsverwaltung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – wird gepflegt durch jährliche Treffen mit den Dozenten zu speziellen Fachthemen, regen Informationsaustausch, Schriftenversand und Bemühungen um angemessene Umsetzungsbeiträge („Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Lehrbuchprojekt).

Die Beratungstätigkeit des von 1967 bis 1974 bestehenden *Sachverständigenvereins* wird fortgesetzt durch zeitlich begrenzte Einzelvereinbarungen mit jeweils wechselnden einschlägigen Wissenschaftlern. Gegenstand dieser Vereinbarungen ist die *wissenschaftliche Beratung* des IAB im Sinne einer Einbringung externen wissenschaftlichen Sachverständigen; sie besteht vor allem aus projektbezogener Beratung, Hinweisen auf neueste Entwicklungen des Fachgebietes und Anregungen zur Förderung der Verbindung des IAB zur Hochschulwissenschaft.

Andererseits werden auch Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durch Gastvorträge und Lehraufträge einzelner Mitarbeiter des IAB in die Hochschulen eingebracht. Die Beiträge des IAB zur Abstimmung von Arbeitsmarkt- und Berufsforschung außerhalb der BA erstrecken sich insbesondere auf die Durchführung (oder auch Mitfinanzierung) von *Forschungstreffen* zur Verbesserung der Übersicht über ein bestimmtes Forschungsgebiet.

Darüber hinaus wird das IAB begutachtend und beratend für Gremien tätig, die einschlägige Abstimmungsaufgaben haben.

Mit der Ausschreibung eines *Forschungspreises* für Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (erstmalig 1978 aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der deutschen Arbeitsverwaltung) will die BA besonders herausragende Diplomarbeiten und Dissertationen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung anerkennen, zur Beschäftigung mit Themen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ermuntern und bisher nicht erfaßte Forschungsarbeiten erschließen. Bevorzugt werden alljährlich solche Arbeiten ausgezeichnet, die innovatorische Beiträge zur wissenschaftlichen und politischen Arbeitsmarktdiskussion erbringen und dabei Leistungen aufweisen, die den Ansprüchen originärer wissenschaftlicher Forschung genügen.

(g) Zu den Besonderheiten der in der BA betriebenen Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die sich aus der Einbindung des IAB in den Gesamtorganismus dieser Dienstleistungsbehörde ergeben, gehören die Beiträge des IAB zur *Umsetzung von Forschungsergebnissen* und die verhältnismäßig enge *Verflechtung von Forschung und Praxis*. In konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, also IAB und Fachabteilungen, wurden Möglichkeiten und Formen einer solchen Umsetzung weiterentwickelt. Das in der BA gefundene Verhältnis von Wissenschaft und Praxis hat sich durchaus bewährt; bei Wahrung der Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Arbeit sowie der Möglichkeit zur Beschaffung von Informationen und

zur Darstellung und Verbreitung der Forschungsergebnisse sind beide in direkter Zusammenarbeit verbunden. Der Gedanke der Aufklärungsverpflichtung der Wissenschaft wurde verwirklicht. Dieser Verbund zeigt sich in umsetzungsorientierten Publikationen, Mitzeichnungs- und Mitwirkungsverfahren in Weisungs- und Orientierungszusammenhängen, Schulungskonzepten, kooperativen Veranstaltungen, Arbeitskreisen, Informationsvermittlung durch Forschungsreferate bei den Landesarbeitsämtern und dergleichen. Der organisatorische Rahmen erleichtert eine wirksame Umsetzung der Forschungsergebnisse, da die Kommunikation zwischen den Beteiligten institutionalisiert und die Wirksamkeit der Forschung nicht zuletzt auch über die Selbstverwaltungsorgane und im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen gewährleistet ist.

Das Arbeitsförderungsgesetz verbindet den Forschungsauftrag mit dem Auftrag, die Forschungsergebnisse für die Durchführung der *Aufgaben der Bundesanstalt* auszuwerten. Die Richtlinien des Vorstands für die Führung der Geschäfte durch den Präsidenten der Bundesanstalt bestimmen deshalb ausdrücklich, daß die aus den Ergebnissen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gewonnenen Erkenntnisse von allen Dienststellen bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu verwerten sind. Dabei soll die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung insbesondere auch der Aufgabenerledigung der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter dienen und diesen eine entsprechende Nutzung ermöglichen. Damit ist die *Umsetzung* der Forschungsergebnisse in die Verwaltungspraxis auch eine an alle Mitarbeiter der Bundesanstalt gerichtete Forderung.

(h) Das Fünfte Schwerpunktprogramm des IAB bildet – unter Beibehaltung der bisherigen organisatorischen, personellen und finanziellen Gegebenheiten – den Rahmen für die *Aufgabenplanung des IAB im Zeitraum 1988 bis 1992*. Das Programm setzt die Kontinuität der bisherigen Programmatik fort und nimmt neue Herausforderungen auf. So ist die Darstellung im Zusammenhang *zugleich Berichterstattung und Leitfaden*. Insofern muß auf alle diese Darstellungen zurückgreifen, wer sich ein Gesamtbild der IAB-Forschung im Verlauf des zwanzigjährigen Bestehens des Instituts und darüber hinaus bis 1992 machen will.

(i) Die Schwerpunktaufgaben können nur insoweit befriedigend bewältigt werden, als das IAB über genügend *Kapazität* für die Weiterentwicklung der bisherigen Forschungsansätze verfügt, die künftigen Erfordernissen entsprechen müssen. Ferner ist festzustellen, daß insbesondere die Erwartungen an eigene Umsetzungsleistungen des IAB bei den gegebenen Kapazitäten in engen Grenzen bleiben müssen.

Es muß davon ausgegangen werden, daß zusätzlich zu den heute bereits beschreibbaren Aufgabenschwerpunkten durch die allgemeine Arbeitsmarktentwicklung *noch nicht abschätzbare Anforderungen* treten werden. Der Arbeitsmarkt ist derart dynamischen Prozessen ausgesetzt, daß es häufig unverzichtbar sein wird, rasch zu treffende Maßnahmen nach Möglichkeit wissenschaftlich abzusichern.

Die Personalkapazität des IAB hat sich seit 1973 kaum verändert, abgesehen von einigen Vertragsprojekten, für die gegen Kostenerstattung vorübergehend Zusatzpersonal eingestellt werden konnte. Der vom IAB bewirtschaftete Teil des Sachhaushalts, soweit er für die *Vergabe von Forschungsaufträgen* vorgesehen ist, unterliegt dem alljähr-

lichen Zwang zur sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel. Mit einer ausgewogenen, dem jeweiligen Projekt entsprechenden Verbindung von eigener Personalkapazität (häufig nur projektleitend), fremdfinanzierter Zusatzkapazität, Verwendung eigener Sach- und Forschungsmittel und Zusammenarbeit mit anderen forschenden und forschungsfinanzierenden Institutionen wurden positive Erfahrungen gesammelt.

Die besondere Bedeutung personalintensiver *empirischer Erhebungen* für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der BA war schon vor Gründung des IAB deutlich; in den Erörterungen, die Mitte der sechziger Jahre in der Selbstverwaltung der BA zu den IAB-Gründungsbeschlüssen führten, sprachen die Möglichkeiten, derartige Untersuchungen mit dem fachkundigen Personal der BA-Dienststellen durchzuführen, für eine Zuordnung des IAB zur BA. Seit der umfangreichen Berufsverlauserhebung bei Männern von 1970 konnten ähnliche Erhebungen nicht mehr durchgeführt werden; auch wurden die den Arbeitsämtern für *Interviewaufgaben* zugeteilten pauschalen Personalkapazitäten wegen der Belastung des Personals nicht für Erhebungen in Anspruch genommen. Auch in den Landesarbeitsämtern sind die Kapazitätsgrenzen eng gezogen. Da regionalspezifische Fragen größere Bedeutung erlangen, wurden die *Forschungsreferate* inzwischen personell verstärkt und Ende 1987 an die elektronische Datenverarbeitung des IAB angeschlossen. Die Gruppe von *Sachbearbeitern für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* bei ausgewählten (Stützpunkt-) Arbeitsämtern, die sich überaus bewährt hat, kommt über Testaufgaben hinaus inzwischen auch für kleinere Erhebungen in Betracht, da sie merklich (auf zehn) erweitert werden konnte.

(k) Die *Datenverarbeitung* wird im IAB intensiv und sehr vielfältig genutzt. Das Spektrum der Anwendungsbreite reicht von der Unterstützung der Datenbeschaffung bei Fragebogenaktionen über die Datenanalyse, von der Speicherung und Auswertung von Zeitreihen über die automatisierte Dokumentation bis hin zur Ergebnisdarstellung in Form von Graphiken und lichtsatzaufbereiteten Druckseiten. Mitarbeiter des IAB haben über Terminal Zugang zum Computer, in dem rd. 40 000 Zeitreihen, mehrere hundert Dateien mit Erhebungs- und Auswertungsdaten und etwa 70 000 Dokumente gespeichert sind. Ein im IAB entwickeltes Auswertungs- und Analysesystem stellt sicher, daß Ergebnisse, die vom Computer kurzfristig ermittelt werden können, unmittelbar am Bildschirm oder wahlweise vom Drucker ausgegeben werden können. Analysen, die längere Auswertungszeiten im Computer beanspruchen, werden in eine Warteschlange eingereiht, die unter strenger Wahrung von Wirtschaftlichkeits- und Sicherheitsaspekten automatisch abgearbeitet wird. Die im IAB entwickelten EDV-Verfahren werden auch von anderen Abteilungen der Hauptstelle angewendet: beispielsweise wird das allgemeine Tabellenorganisationssystem (ATOS) zur Speicherung, Analyse und graphischen Darstellung von Zeitreihen von den Abteilungen II und VI mitbenutzt. Die Dokumentationsverfahren des IAB dienen der Abteilung II zur Erstellung der Nachschlagewerke „Einrichtungen zur beruflichen Bildung“ und „Ausbildungseinrichtungen für behinderte Jugendliche“ und der Abteilung IV zur Büchereidokumentation. Nach einem vom IAB entwickelten Verfahren zur Anschriftenverwaltung und Versandkostenminimierung werden Zeitschriften und Broschüren im Werte von jährlich 17 Mio. DM versandt.

Am 1.1. 1978 trat das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), am 1. 1. 1981 das Sozialgesetzbuch X – Verwaltungsverfahren – (SGB X) in Kraft, am 15. 12. 1983 erging das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung („Recht auf informationelle Selbstbestimmung“)- Die Bestimmungen und Grundsätze zum *Schutz persönlicher Daten* bei der Erfassung, Speicherung und Bearbeitung werden im IAB genau beachtet. So wird beispielsweise bei allen Erhebungen auf die *Freiwilligkeit der Teilnahme* hingewiesen; es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Antwortverweigerung zu keinerlei Nachteilen führt. Den Teilnehmern wird zugesichert, daß ihre Angaben *streng anonymisiert* ausgewertet werden. Die Speicherung der Adressen ist zum Teil trotzdem notwendig, nicht nur wegen der technischen Abwicklung wie Rücklaufkontrolle und Rückfragen, sondern vor allem bei längerfristig angelegten Verlaufsuntersuchungen, bei denen wiederholt Befragungen erforderlich sind. Aber auch hier ist sichergestellt, daß Adressen und persönliche Angaben getrennt voneinander gespeichert sind und die Auswertung ausschließlich anonym erfolgt.

(1) Die *Referate für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* bei den neun Landesarbeitsämtern (LAÄ) sind bewährte Partner des IAB. Regionalisierung der Arbeitsmarktprobleme und Dezentralisierung des Handlungsbedarfes bestimmen die Aufgaben der Forschungsreferate und beeinflussen auch Forschungsansätze und Umsetzungsbeiträge des IAB. Die Pflege enger Arbeitskontakte bleibt eine wichtige Daueraufgabe beider Seiten.

Durch den EDV-Verbund mit dem IAB lassen sich die Forschungsanstrengungen in den Regionen, wenn auch in Grenzen, verstärken. Daraus folgt auch eine stärkere Inanspruchnahme von Forschung und Statistik in allen Arbeitsbereichen des IAB. Die Einbeziehung in die Aufgaben vor Ort bei gleichzeitiger Bindung an das IAB unterstützt darüber hinaus den Brückenschlag zwischen Forschung und Anwendung. Dies weist den Forschungsreferaten eine wichtige Mittlerrolle bei der Gewinnung, Umsetzung und gezielten Verbreitung von Informationen zu.

Die begrenzte Forschungskapazität verbot es dem IAB von vornherein, zur Beantwortung spezifischer Fragen gezielte oder etwa regelmäßig wiederholte Sonderuntersuchungen in einzelnen Kleinregionen durchzuführen, es sei denn, sie hätten exemplarischen Charakter (was auch für Wirkungsanalysen einzelner Maßnahmetypen oder besondere Personenkreise gilt), oder durch zusätzliche Erhebungen neue statistische Informationen über kleine Gebietseinheiten zu sammeln. Dennoch kommt dem Bedarf an regionalisierten Informationen aus dem IAB, an Prognosen und Aussagen über regionale Wirtschaftsentwicklungen sowie Argumentationshilfen wachsende Bedeutung zu, etwa Profildiensten für einzelne Regionen und Dienststellen und ähnliche Serviceleistungen sowie den Arbeiten am Aufbau des EDV-gestützten regionalen Informationssystems. Insgesamt bleibt es Daueraufgabe des IAB, seine Forschungsergebnisse – wenn irgend möglich und sinnvoll – regional untergliedert anzubieten. Sofern IAB-Forschungsergebnisse schon aufgrund der zentral verfügbaren Daten regionalisierbar sind, legen die Forschungsreferate die für ihren Bezirk vorhandenen oder durch regionale Auswertung erarbeiteten Aussagen in den regionalen Informationsdiensten der LAÄ vor.

Die organisatorische Einbindung und die Aufgabenbeschreibung der Forschungsreferate sind seit 1972 zweckmäßig geblieben. Die Zuordnung zur Geschäftsleitung der

LAÄ ist eine gute Grundlage für die – geschäftspolitisch ausdrücklich gewünschte – *Verknüpfung von Forschungsergebnissen und Praxis vor Ort*.

(m) Das IAB *berichtet* auf dreifache Weise regelmäßig über seine Forschungstätigkeit:

- *Forschungsprogramme* geben einen Ausblick auf Planungen und Vorhaben. Das Erste Schwerpunktprogramm für den Zeitraum 1968-1972 wurde in den „Mitteilungen“ des IAB (Heft 1/1968), das Zweite Schwerpunktprogramm für den Zeitraum 1973-1977 in den „Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (zusammen mit dem 13., 14., 15. und 16. Arbeitsbericht) veröffentlicht. Das Dritte Schwerpunktprogramm des IAB für den Zeitraum 1978-1982 liegt als Nummer 2/1978 der „Materialien“ vor. Das Vierte Schwerpunktprogramm des IAB für den Zeitraum 1983-1987 mit den „Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ wurde in den „Mitteilungen“ (Heft 4/1982) und auch als Broschüre veröffentlicht.

- *Arbeitsberichte* enthalten einen Überblick über den aktuellen Stand der laufenden Forschungsprojekte und die dazu publizierten Veröffentlichungen. Die Arbeitsberichte des IAB wurden 1968 und 1969 im Anhang der „Mitteilungen“ veröffentlicht. Vom zehnten bis zum siebzehnten Arbeitsbericht des IAB (1978) erschienen sie jährlich in den „Materialien“ (zuletzt als Nummer 5/1978). Seit dem achtzehnten Arbeitsbericht (1980) erscheinen die Arbeitsberichte des IAB als gesonderte Veröffentlichung etwa alle zwei Jahre.

- *Jahresberichte* unterrichten im Rückblick über die Aufgabenentwicklung. Die jährlichen Leistungsberichte des IAB („Jahresberichte“) über die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der BA erschienen von 1967 bis 1975 in den Geschäftsberichten der Bundesanstalt, die diese nach § 224 Arbeitsförderungsgesetz zu erstatten hat. Seit 1976 informieren die Geschäftsberichte im funktionalen Zusammenhang über die Beiträge der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Lösung der Aufgaben der BA und enthalten bedarfsweise eigene Kapitel über die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beginnend mit dem Zweijahreszeitraum 1976/1977 legt das IAB seine Jahresberichte zusammen mit den Arbeitsberichten als eigene Publikation vor.

(n) Die Forschungsergebnisse des IAB werden insbesondere *veröffentlicht* in der Vierteljahres-Zeitschrift „*Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“ (Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart), in der auch einschlägige Arbeiten fremder Autoren erscheinen. Größere Untersuchungsberichte, Forschungsmonographien und Tabellenwerke erscheinen in den „*Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“.

Die gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung herausgegebene „*Forschungsdokumentation* zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ liefert ständig aktualisierte Informationen über abgeschlossene und laufende Forschungsprojekte auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Nachbargebieten in der Bundesrepublik Deutschland und dem deutschsprachigen Ausland. Mit der „*Literaturdokumentation* zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ werden laufende Nachweise und kurze Inhaltsangaben von Veröffentlichungen (Monographien und Zeitschriftenaufsätzen) zur Verfügung

gestellt; zu einzelnen Themenbereichen erscheinen Sonderhefte. Auf der Basis der Literatur- und der Forschungsdokumentation können zu allen Fragestellungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung *individuelle Recherchen* durchgeführt werden. Zusätzlich zu den themenorientierten Sonderheften werden in regelmäßigen Abständen *Profile* von aktuellen Problembereichen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung angeboten. Weitere Spezialdokumentationen und Glossare werden in Abständen aktualisiert.

Die „*Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“ und „*materialien aktuell*“ dienen der Umsetzung der Arbeitsergebnisse des IAB und weiterer Informationen aus der Forschung für die Praxis der Arbeitsämter und für die Aus- und Fortbildung der Fachkräfte der BA. Die Broschürenreihe „*Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*“ (neue Folge) faßt Forschungsergebnisse in problem- und themenorientierten Einzeldarstellungen in anschaulicher und knapper Form zusammen. *Mobile Informationswände* zu aktuellen Einzelthemen aus der

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wenden sich an weitere Adressatenkreise.

Informationen für die Leitung der BA erfolgen in Form von problemorientierten „*IAB-Kurzberichten*“, die alljährlich in der Buchreihe gesammelt veröffentlicht werden.

*Veröffentlichungsverzeichnisse* gibt es sowohl mit ausführlichen Inhaltsangaben (Sonderheft 7 der Literaturdokumentation, Neuauflagen ab 1981) als auch in Form eines jährlich erscheinenden übersichtlichen Titelverzeichnisses.

- (o) Interne *Selbstverpflichtungen* des IAB für seine Arbeit,
1. *Grundsätze* für die Erhebungstätigkeit des IAB,
  2. *Leitlinien* für die Projektierung von Forschungsarbeiten und
  3. *Vorläufige Grundsätze* für die Vergabe und Verwertung von Forschungsaufträgen,
- werden in der *Programmbroschüre* wiedergegeben.

### III. Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Folgerungen für das Fünfte Schwerpunktprogramm des IAB 1988-1992

#### (1)

**Die Aufgaben, die sich aus dem anhaltenden globalen Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt ergeben, bleiben vorerst bestehen.**

Das letzte Forschungsprogramm stellte für den Fünfjahreszeitraum 1982-1987 fest: „Das globale Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt droht weiter zu wachsen. Erst in den neunziger Jahren könnte der Angebotsdruck wegen der demographischen Wende nachlassen.“

Tatsächlich sind die Arbeitslosenzahlen noch bis 1985 um fast eine halbe Million gestiegen und seitdem nur geringfügig zurückgegangen. Die im Gefolge der beiden Ölkrisen und Weltwirtschaftsrezessionen in den Jahren 1974-1976 und 1981-1983 beobachteten Beschäftigungseinbrüche konnten bislang erst zu einem Teil wieder ausgeglichen werden. Das Potential an Erwerbspersonen hat sich weiter erhöht.

Wie die IAB-Projektionen aus dem vierten Programmzeitraum zeigen, könnte der Geburtenrückgang erst in den neunziger Jahren auf den Arbeitsmarkt durchschlagen und das Potential an deutschen Erwerbspersonen merklich sinken lassen. Dem könnte jedoch verzögernd der bisher ungebrochene Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung, die Zuwanderung von Aussiedlern und Übersiedlern und die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung im Bundesgebiet entgegenwirken. Zu bedenken sind auch das Hineinwachsen der zweiten Ausländergeneration ins Erwerbsalter, die Erweiterung der EG und zukünftige Freizügigkeitsregelungen. Die Trendumkehr auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes muß also weiterhin hinsichtlich Art, Zeitpunkt und Ausmaß als noch ungewiß einge-

stuft werden. Auf der Bedarfsseite haben die vom IAB – hier zusammen mit der Prognos AG – erarbeiteten Alternativprojektionen deutlich gemacht, daß ein beschäftigungspolitisch befriedigendes, d. h. oberhalb der Beschäftigungsschwelle liegendes Wirtschaftswachstum nicht leicht zu erreichen ist. Das globale Ungleichgewicht droht daher noch bis weit in die neunziger Jahre hinein in beachtlichem Umfang bestehen zu bleiben.

Wie schon im vierten Programm erwähnt, wird die globale Herausforderung dadurch verstärkt, daß bei anhaltender gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungsschwäche ein immer weiter wachsender Sockel verfestigter Arbeitslosigkeit entsteht. Selbst bei zeitweiligen Wachstumsschüben könnte dies den Abbau der Arbeitslosigkeit erschweren, eine Gefahr, die auch durch die jüngste Vergangenheitsentwicklung belegt wird.

Die Herausforderung durch das globale Ungleichgewicht wird ferner durch die bereits im letzten Programm beschriebenen Änderungen von Verhaltensweisen, Strukturen und Rahmenbedingungen verstärkt, die teilweise so grundlegender und bedeutender Natur sind, daß die Anpassung daran längerer Fristen als der eines Programmzeitraumes bedarf. Nach wie vor wird es beispielsweise um die Frage gehen, wie die Bundesrepublik Deutschland dem tiefgreifenden technologischen Strukturwandel und den anderen Herausforderungen – etwa auf dem Umweltgebiet – am besten gerecht werden kann, wenn sie unter äußerem Wettbewerbsdruck, bei eigener Rohstoff- und Energieknappheit sowie weiter wachsendem Arbeitskräftepotential ihren internationalen wirtschaftlichen Rang und ihren nationalen Wohlstand einschließlich sozialer Sicherheit zumindest halten will.

Wie können dazu die Erwerbsbevölkerung und insbesondere die geburtenstarken Nachwuchsjahrgänge vorausschauend für die neunziger Jahre und darüber hinaus schulisch und beruflich erst- und weiterqualifiziert werden (Nachwuchsvorsorge)? Wie können die hierfür benötigten zusätzlichen Arbeitsplätze in entsprechend großer Zahl neu geschaffen werden? Qualifikationen, die in den achtziger Jahren nicht genutzt und gepflegt wurden, fehlen unter Umständen in späteren Jahren. Sie sind nicht unbegrenzt „lagerfähig“. Ferner braucht die quantitative Lösung des Ausbildungsproblems noch keine qualitativ befriedigende Lösung zu sein. Die Förderung einer geeigneten Qualifizierung und – wo erforderlich – Requalifizierung dient auch, aber natürlich nicht allein, der Verwirklichung von Chancengleichheit und der erforderlichen Arbeitsmarktentlastung, indem Qualifikationsengpässen bei der Wahrnehmung von Wachstumschancen sowie der Sockelbildung im Arbeitslosenbestand entgegengewirkt wird.

Noch größeres Gewicht als bisher wird den globalen und strukturellen sowie den quantitativen und qualitativen Auswirkungen des im weiteren Verlauf der neunziger Jahre zu erwartenden Rückgangs des deutschen Erwerbspersonenpotentials beizumessen sein, zumal diese Herausforderung einen gewissen Forschungsvorlauf bedingt und vorgezogenen Handlungsbedarf anzeigt.

Bereits im letzten Forschungsprogramm waren in diesem Zusammenhang folgende *Problembereiche* angesprochen worden:

- Die Eingliederung des nach den schwierigen achtziger Jahren vermutlich nicht geringen Sockels an Arbeitslosen;
- die Nutzung des bisher nicht voll ausgeschöpften Begaubungs- und Qualifikationspotentials, insbesondere bei Mädchen sowie bei Ausländern der zweiten und dritten Generation;
- die Förderung der Erwerbstätigkeit erwerbswilliger Frauen;
- die Requalifizierung und Weiterbildung des Teils der Erwerbstätigen, insbesondere der Facharbeiterschaft, der in den achtziger Jahren nicht im erlernten Beruf oder unterwertig beschäftigt war oder zu den Mehrfach- oder Langzeitarbeitslosen gehörte bzw. noch nicht den neuen technischen Anforderungen entsprechend ausgebildet werden konnte. Denn es ist absehbar, daß einerseits das Angebot an Facharbeitern wegen der Ausbildungsanstrengungen für die geburtenstarken Jahrgänge erheblich zunimmt und nicht immer sofort und dauerhaft ausbildungsadäquat beschäftigt werden kann. Andererseits können sich Qualifikationsengpässe bei Umstellungen auf die neuen Technologien und bei Berücksichtigung der komplexen Umwelterfordernisse ergeben;
- die Veränderung der Altersstruktur deutscher Erwerbspersonen, welche die Innovations-, Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft beeinflussen könnte;
- die den Arbeitnehmerwünschen und betrieblichen Anliegen entsprechende Flexibilisierung von Arbeits- und Betriebszeiten. Dieses wird als ein Mittel gegen Unterbeschäftigung auch gegenwärtig noch kontrovers diskutiert, während sie langfristig zu einer Voraussetzung für stei-

gende Erwerbsbeteiligung werden könnte und damit den erwarteten Rückgang der Zahl deutscher Arbeitskräfte dämpfen würde;

- die Möglichkeiten und Grenzen der Beschäftigungshilfen für Länder mit hohen Arbeitskräfteüberschüssen, zumal in den unterbeschäftigten Randregionen der EG;
- die internationale Arbeitsteilung als beschäftigungspolitisches Instrument im Nord-Süd-Konflikt.

Aus heutiger Sicht dürfte insbesondere die Alterung der Erwerbsbevölkerung eine Fülle schwerwiegender Folgen haben. Immerhin könnte es im Jahre 2000 absolut fast die Hälfte – anteilmäßig ungefähr ein Drittel – weniger potentielle Erwerbspersonen unter 30 Jahren geben als gegenwärtig. Der Wandel der Beschäftigungsstruktur wird sich daher in Zukunft immer weniger über den Generationswechsel und immer mehr innerhalb der älter werdenden Generation vollziehen. Was an gut ausgebildeten jüngeren Jahrgängen fehlt, wird so gut wie möglich durch Qualifizierung der mittleren und älteren Jahrgänge ersetzt werden müssen. Hierzu bedarf es des rechtzeitigen Aufbaus einer umfassenden Weiterbildung für alle Erwerbspersonen. Die Weiterbildung gewinnt auch deshalb an Bedeutung, weil die Qualifikationsanforderungen wegen der neuen Technologien wachsen. Auch aus diesem Grunde sollte die Weiterbildung nicht nur kurz- oder mittelfristigen Ausgleichs-, Anpassungs- und Entlastungszwecken auf dem Arbeitsmarkt dienen, sondern vorbeugend einer Höherqualifizierung der gesamten Bevölkerung.

Weit über den Programmzeitraum hinaus reichen die Herausforderungen, die sich aus der künftigen Entwicklung von Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit und Technik für das Verhältnis von Arbeit zu Nichtarbeit in unserer Gesellschaft ergeben.

Da in den neunziger Jahren früher oder später ein Rückgang und ein höheres Durchschnittsalter des deutschen Erwerbspersonenpotentials zu erwarten sind, stellen sich z. B. auch Fragen zur Arbeitszeitentwicklung allgemein, zur Flexibilisierung der Altersgrenze und zur Finanzierung der Weiterbildung sowie der sozialen Sicherung, insbesondere der Alterssicherung. Ausgehend von dem Mackenroth'schen Satz, nach dem in jeder Periode der jeweils erwerbstätige Teil den jeweils nichterwerbstätigen Teil der Bevölkerung versorgen muß, wird die langfristige Entwicklung der Erwerbsquote bzw. ihres reziproken Wertes, nämlich der Belastungsquote, bedeutsam.

Bereits heute zeichnen sich starke Änderungen in den Wochen-, Monats- oder Jahresarbeitszeiten ab, es gibt weiterhin Verschiebungen bei Beginn und Ende des Arbeitslebens. Dies erfordert, alle Komponenten der Lebensarbeitszeit in langfristige Überlegungen mehr und mehr einzubeziehen. Da die neuen Arbeitszeitformen mit einem fließenden Übergang zwischen traditioneller Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit einhergehen, ist verbreitet mit neuen Lebensformen und – damit verbunden – neuen erwerbsstatistischen Begriffen und Abgrenzungen zu rechnen. Gleiches gilt für das Vordringen der neuen Technologien in sämtliche Lebensbereiche.

Viele Aspekte dieser Herausforderungen sind Forschungsschwerpunkte anderer Disziplinen. Sofern es sich nicht um Lücken für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung handelt

und sofern sie andernorts geschlossen werden, beobachtet das IAB die wissenschaftliche Diskussion und ihre Ergebnisse, sucht die Zusammenarbeit mit den forschenden Stellen oder referiert über wichtige Entwicklungen.

#### • Fazit für die Forschung

*Im vierten Programmzeitraum wurden im IAB u. a.*

- ein neues Bündel tief strukturierter längerfristiger Alternativ-Projektionen des Angebots und Bedarfs an Arbeitskräften vorgelegt;
- die längerfristigen Projektionen hinsichtlich des gesamtwirtschaftlichen Rahmens und der Berücksichtigung des Einflusses der Technik um Szenario-Elemente erweitert;
- die jährlichen globalen Kurzfristprognosen um Analysen struktureller Aspekte erweitert;
- zur Verbesserung der Analyse und Projektion das Instrument der Erhebung und Tendenzbefragung vermehrt eingesetzt;
- die Erforschung der Bestimmungsgründe der Arbeitsmarktprozesse, insbesondere des Erwerbsverhaltens und der Produktivität, fortgesetzt;
- eine Arbeitskräftegesamtrechnung (AGR) und eine Bildungsgesamtrechnung (BGR) entwickelt.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Weiterentwicklung der mittel- und längerfristigen, tief disaggregierten Alternativ-Projektionen des Angebots und Bedarfs an Arbeitskräften sowie ihrer wechselseitigen Beeinflussungen;
- Entwurf umfassender langfristiger „Zukunftsbilder“ des Arbeitsmarktes bei alternativen Entwicklungspfaden von Wirtschaft, Technik und Gesellschaft sowie Darlegung der arbeitsmarktpolitischen Handlungsmöglichkeiten („Arbeitsmarktszenarien“);
- Betonung der strukturellen Aspekte bei der Analyse und Prognose der kurzfristigen Arbeitsmarktentwicklung;
- Zusammenführung der kurzfristigen Prognosen und der längerfristigen Tendenz-Projektionen zu mittelfristigen Aussagen;
- Abschätzung der Spielräume beim Arbeitsvolumen zur längerfristigen Kompensation negativer Folgen des Bevölkerungsrückganges;
- Analyse der Möglichkeiten, wie die Arbeitsproduktivität gefördert werden kann, und zwar zur Steigerung von Wachstum, Realeinkommen und Freizeit, zur dauerhaften Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur und Arbeitsbedingungen und ohne daß nachteilige Folgen für die Arbeitnehmerschaft entstehen;
- weitere Verbesserung der Prognosemöglichkeit des Produktivitätsfortschritts (sowohl gesamtwirtschaftlich und sektoral, als auch zyklisch und trendmäßig);
- Aktualisierung, Erweiterung sowie analytische und prognostische Anwendung der Arbeitskräftegesamtrechnung sowie der Bildungsgesamtrechnung;
- weitere Erforschung der Erwerbsbeteiligung und ihrer Veränderungen;

- zusätzliche Untersuchungen zur Einkommensentwicklung im Zusammenhang mit Produktivität, Arbeitszeit, Bildungsnachfrage, Qualifikationsstruktur und Erwerbsbeteiligung;

- verstärkte Analyse der Bedingungen und Funktionsweisen des Arbeitsmarktes, der Interdependenzen mit anderen Märkten, des Einflusses sich verändernder Rahmenbedingungen und Regulierungsmechanismen (arbeits- und sozialrechtlicher, tariflicher und institutioneller Art) auf die Funktionsfähigkeit von Arbeitsmärkten;

- stärkere Berücksichtigung der kurz- und längerfristigen Bestimmungsgründe von Arbeitsmarktprozessen in ökonomischen und systemanalytischen Funktionen und Modellen des Arbeitsmarktes;

- Fortentwicklung von prognosetauglichen und simulationsfähigen Arbeitsmarktmodellen und ihre Verknüpfung mit Modellen des Bildungswesens und der Gesamtwirtschaft;

- Anbindung der mittel- und langfristigen Arbeitsmarktprojektionen des IAB an ein monetäre und reale, nationale und internationale Ströme umfassendes gesamtwirtschaftliches Prognosemodell unter expliziter Modellierung der Interdependenzen zwischen Arbeits- und Gütermärkten.

## (2)

**Die Grundziele des AFG werden seit Jahren verfehlt. Der verstärkte Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums hat allerdings noch höhere Arbeitslosigkeit verhindert. Aktive Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungspolitik sind deshalb ständig, ja zunehmend gefordert.**

Aktive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) verfolgt zwei Zielrichtungen zugleich: Zum einen soll sie dazu beitragen, daß ein hoher Beschäftigungsstand gehalten oder wieder erreicht wird (quantitative Zielkomponente). Zum anderen sollen bestimmte Personengruppen, deren Chancen am Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt sonst relativ ungünstig sind, bevorzugt gefördert werden (qualitativ-strukturelle Zielkomponente). Beide Zielrichtungen finden sich nebeneinander mit unterschiedlicher Ausprägung bei den einzelnen Maßnahmenarten wie auch in der arbeitsmarktpolitischen Praxis. Dabei wird zum Teil in Kauf genommen, daß die gezielte Förderung benachteiligter Personengruppen zu Lasten des quantitativen Entlastungseffekts gehen kann.

Beschäftigungspolitische Bemühungen und beschäftigungswirksame Maßnahmen z. B. der Gebietskörperschaften und Tarifparteien kommen hinzu. Teils sind sie allgemeiner und indirekter Natur, zielen also durch Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Angebots- und Nachfragebedingungen auf einen hohen Beschäftigungsstand. Mit anderen Maßnahmen wird daneben versucht, direkt die Beschäftigung einzelner Regionen, Sektoren und Personengruppen zu fördern.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in diesem weiten Sinne waren in den vergangenen fünf Jahren nicht ohne Erfolg. Insbesondere sind durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beträchtliche quantitative Entlastungswirkungen erzielt worden. Mit einzelnen Instrumenten konnten benachteiligte Personengruppen gut erreicht werden.

Wirtschaftliche Wachstumskräfte, beschäftigungspolitische Bemühungen und flankierende Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik reichten zusammen jedoch nicht aus, das globale Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt zu beseitigen, sie konnten indes verhindern, daß der Potentialanstieg voll auf das Niveau der Arbeitslosigkeit durchschlug.

Wo liegen nun die Gründe für diese immer noch unbefriedigende Arbeitsmarktbilanz? Hierzu finden sich in der öffentlichen Diskussion und in der aktuellen Literatur unterschiedliche *Deutungsversuche und Hypothesen* völlig verschiedener Art:

- So wird gefragt nach der Interpretation und dem Stellenwert des Vollbeschäftigungsziels, wenn ein nachhaltiger Abbau der Unterauslastung des Erwerbspersonenpotentials nur auf längere Sicht für möglich gehalten wird; erst dann nämlich, wenn die erhofften Entlastungen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes eintreten.
- So wird gefragt, ob und wie die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz postulierte Gleichrangigkeit der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen unter den heutigen Gegebenheiten zu verwirklicht wäre. Gibt es eine Zielabhängigkeit derart, daß das Beschäftigungsziel nur zu erreichen sein wird, wenn die anderen Ziele bereits erreicht sind?
- Ist der „Faktor Arbeit“ im Verhältnis zum „Faktor Kapital“ zu teuer? Sind hier, so wird gefragt, Lohn- und Lohnnebenkosten im Vergleich zu den Erträgen (Produktivität) zu hoch? Sind die Löhne zu wenig differenziert und nicht flexibel genug? Wie verhalten sich Kosten- und Nachfragewirkung des Lohnes zueinander?
- Verliert das Ziel einer Vollbeschäftigung an Bedeutung für politische Entscheidungen und Aktivitäten?
- Stehen der Wiedererlangung eines hohen Beschäftigungsstandes möglicherweise institutionelle oder andere Barrieren im Wege? Gibt es „institutionelle“ Arbeitslosigkeit? Welche Rolle spielen die Zeithorizonte von Wirtschafts- und Fiskalpolitik? Obwohl Kosten- und Finanzierungsfragen im Hinblick auf Maßnahme- und Programmorschläge zunehmend aus gesamtwirtschaftlicher und gesamtfiskalischer Sicht behandelt werden, sind dennoch viele Vorschläge als nicht finanzierbar abgelehnt worden.
- Wurde unter den gegebenen finanziellen Möglichkeiten das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium wirklich voll ausgeschöpft? Ist die gegebene Finanzierungsweise der Arbeitsmarktpolitik geeignet, die Instrumente optimal einzusetzen? Gibt es verbreitete Mitnahme und Mißbrauch, die den Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ernsthaft einschränken? Kann ohne eine wesentliche Änderung der Förderungsbedingungen das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik nicht durchgreifend wirken?
- Stehen unüberwindliche Strukturunterschiede zwischen Angebot und Nachfrage einem Arbeitsmarktausgleich entgegen? Welche Bedeutung hat eine derartige strukturelle Arbeitslosigkeit?
- Finden die diagnostischen Grundlagen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik keine allgemeine Anerkennung mehr, z. B. im Hinblick auf die Definition und Messung von Arbeitslosigkeit und das Konzept der Stillen Reserve?

Die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird zahlreiche solche Deutungsversuche und konkurrierende Argumente zu berücksichtigen haben, die sich in der aktuellen Diskussion mischen oder überlagern.

## Fazit für die Forschung

*Im vierten Programmzeitraum wurden im IAB*

- Kosten und Entlastungswirkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nach dem AFG berechnet;
- Untersuchungen zur Arbeitsmarktwirkung von Maßnahmen zur Verkürzung der Jahresarbeitszeit (u. a. Einführung der 38,5-Stunden-Woche in mehreren Tarifbereichen, Abbau von Überstunden) und der Lebensarbeitszeit (gesetzliche und tarifliche Vorruhestandsregelungen) fortgesetzt;
- ein System der kurz- und mittelfristigen Erfolgsbeobachtung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung aufgebaut;
- eine Erhebung in den Arbeitsämtern zum Erfolg von Eingliederungsbeihilfen für geförderte Arbeitnehmer und Förderbetriebe durchgeführt;
- zum Erfolg von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine mehrstufige Längsschnittuntersuchung begonnen, die auch eine Befragung von Trägern einschließt;
- Informationen über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in anderen Ländern gesammelt und aufbereitet.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Untersuchung quantitativer und qualitativer Beschäftigungseffekte von Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik auf der Angebots- und der Nachfrageseite und ihrer Entlastungswirkungen auf die registrierte Arbeitslosigkeit;
- Untersuchungen über das Zusammenwirken betrieblicher und staatlicher Beschäftigungspolitik, auch im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Tarifpolitik;
- fortlaufende Analysen zur Zielerreichung (Regionen, Zielgruppen) arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (z. B. Förderung der beruflichen Bildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Einarbeitungszuschuß, Eingliederungsbeihilfen, berufliche Rehabilitation, Gewährung von Übergangsgeld zur Förderung der beruflichen Selbständigkeit). Dabei gilt besonderes Augenmerk der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und wiederholt Arbeitslosen; ferner Untersuchung gesamtwirtschaftlicher, fiskalischer und struktureller Aspekte;
- Analyse der Mechanismen von Be- und Entlastungen aller an der Finanzierung beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beteiligten öffentlichen Haushalte sowie möglicher finanzieller Ausgleichsvorgänge. Hilfreich können dynamische Modellsimulationen von Programmeffekten sein (Budgetforschung). Ansatzpunkte hierfür bietet ein Simulationsmodell für den Haushalt der BA, das bereits teilweise gesamtwirtschaftliche und -fiskalische Elemente enthält;
- Untersuchung der Wirkungsweisen, Kosten, Finanzierungsarten, Erfolgsbedingungen, Zielkonflikte, unerwünschten Nebeneffekte und institutionellen Aspekte arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Strategien (Therapieforschung);
- Untersuchungen darüber, ob und wie globale Maßnahmen der Beschäftigungspolitik auch an Arbeitsmarktstrukturen und ihrer Entwicklung – auch in regionaler Hinsicht – zu orientieren sind;
- Untersuchungen über Arbeitsmarktanpassungsvorgänge, die Möglichkeiten zur Verbesserung der Flexibilität

von Arbeitskräften, Arbeitsplätzen und Arbeitszeiten und ihre Folgen; Erforschung sich verändernder Einstellungspraktiken unter Berücksichtigung von rechtlichen und institutionellen Regulierungen;

- Analytische und konzeptionelle Beiträge zur Weiterentwicklung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums (z. B. neue Formen öffentlicher Arbeitsbeschaffung, „Regionalwerke“) und zur Folgenabschätzung der arbeits- und sozialrechtlichen Entwicklung (z. B. im Bereich der Teilzeitbeschäftigung), auch bei stärkeren Veränderungen der Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt. Besondere Beachtung verdient die Frage der Reversibilität von Maßnahmen und Regulierungen. Bei alledem wäre eine „Ideenbörse“ zu beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten hilfreich, die Erkenntnisse, Erfahrungen und Anregungen aus dem In- und Ausland, auch über die geltende Rechtslage hinaus, zusammenführt, vielleicht auch Modellversuche anregen könnte;

- Aufbau eines Systems der kurz- und mittelfristigen Ergebnisbeobachtung wie bei der Förderung der beruflichen Bildung auch im Bereich der beruflichen Rehabilitation zur Ausbildung behinderter Jugendlicher und Umschulung behinderter Erwachsener.

Zunehmend wird erkannt, daß wegen der großen Bedeutung von Arbeitsmarktinstitutionen für Arbeitsmarktprozesse die Institutionenanalyse wichtiger Bestandteil der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sein muß. Die Diskussion um Verrechtlichung, Regulierung und Deregulierung der Arbeitsbeziehungen läßt vermuten, daß die arbeits- und sozialrechtliche Normenbegründung von einem, gemessen am Forschungsstand, unzureichenden Verständnis der Arbeitsmarktzusammenhänge ausgeht. Die ökonomische Analyse des Arbeits- und Sozialrechts wird deshalb einzubeziehen sein, auch im Hinblick auf die Schnittstellen der sozialen Sicherungssysteme und die Rolle der Sozialpartner im Betrieb, der Tarifparteien sowie der Gebietskörperschaften.

### (3)

**Für die regionale Arbeitsmarktpolitik bleibt großer Handlungsbedarf bestehen, weil die Unterbeschäftigung sehr ungleich auf die Regionen verteilt ist.**

Das hohe und von Region zu Region unterschiedliche Ausmaß der Unterbeschäftigung bleibt die Herausforderung auch für die regionale Arbeitsmarktpolitik. Dies ist durch regionalpolitische Aktivitäten allein nicht zu erreichen; diese müssen vielmehr globale Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit besonders dort flankieren, wo die Beschäftigungsprobleme durch schon lange andauernde Strukturschwächen und/oder neu aufgetretene „Strukturkrisen“ überdurchschnittlich groß sind.

Der regional gezielte Einsatz von Instrumenten ist aber eine wesentliche Voraussetzung für effizienten Mitteleinsatz. Hierfür anhand geeigneter Regionalindikatoren Entscheidungshilfen anzubieten, bleibt ein Anliegen der Regionalforschung. Für die regional gezielte Arbeitsmarktpolitik ist entscheidend, daß ungünstige Entwicklungen und Risikofaktoren frühzeitig erkannt und der Problemdruck auf die Struktur des Arbeitsmarktes in den Regionen sichtbar gemacht werden. Es kommt also darauf an, die Diagnose- und Prognosemöglichkeiten in den Zentren der

administrativen Entscheidungen, aber auch „vor Ort“ zu verbessern.

Der regionalisierte Einsatz der AFG-Instrumente ist dabei ein Aktionsfeld. Darüber hinaus ist eine möglichst gute Abstimmung mit anderen Strängen der Raumordnung, der Landes- und Regionalplanung sowie der regionalen Strukturpolitik anzustreben, z. B. mit den Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Finanzhilfen nach Art. 104a Grundgesetz, Ruhrgebietskonferenz. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Regionalforschung zu suchen.

Die Weiterentwicklung der regionalen Strukturpolitik ist vor dem Hintergrund *veränderter Rahmenbedingungen* zu sehen.

Wachstumsschwächen und rezessionsbedingte Haushaltsdefizite haben das Steuerungspotential der öffentlichen Hände teilweise vermindert. Dies gilt insbesondere für Kommunen, die auch einen erheblichen Teil der Kosten der Arbeitslosigkeit im Rahmen der Sozialhilfe tragen müssen. Viele Formen der Mischfinanzierung sind ebenfalls eingeengt – und damit auch die überregionale Koordination der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Es sind also Bruchstellen und unerwünschte Nebenwirkungen der Finanzierungssysteme sichtbar geworden, die eine sinnvolle Verteilung der Mittel behindern und die regional gezielte Förderungspolitik erschweren. Um so wichtiger ist die Koordinierung in den verbleibenden Spielräumen.

Das Zusammenwirken verschiedener Politikstränge und der lokalen Akteure erscheint immer dann besonders sinnvoll, wenn es gelingt, nicht nur Beschäftigungseffekte zu erreichen, sondern auch die Felder des längerfristigen gesellschaftlichen Bedarfs abzudecken und autonome Wachstumsprozesse zu initiieren. Hierfür sind die Aktionspielräume und Koordinationserfordernisse kleinräumiger Arbeitsmarktpolitik und Ansätze einer innovationsorientierten Regionalpolitik zu ermitteln.

Die Rolle der „lokalen Akteure“, die eine regional gesteuerte Fachpolitik umzusetzen haben, kann bisher nur vorsichtig bewertet werden. Die bisherige Diskussion in Wissenschaft, Politik und Praxis zeigt, daß sich aus einer verstärkten Regionalisierung von Fachpolitik Konsequenzen und neue Erfordernisse auf drei Feldern ableiten lassen: im Bereich der Organisation und Koordination lokaler Akteure, bei den Finanzierungssystemen und auf dem Informationssektor. Der Beitrag des IAB zielt naturgemäß vor allem auf das letztgenannte Problemfeld und soll Wahrnehmungs- und Durchsetzungsbarrieren abbauen helfen.

#### Fazit für die Forschung

Die der Regionalforschung verfügbaren flächendeckenden Daten sind wegen der Verschiebung der Großzählungen in wichtigen Bereichen mittlerweile veraltet. Durch neue Datenkonzepte, Verfahren zur Erstellung gebietsstandsbereinigter Zeitreihen und neue Auswertungen, insbesondere der Beschäftigtenstatistik und der Betriebsdatei, konnten die empfindlichsten Lücken wenigstens teilweise geschlossen werden.

Als Entscheidungshilfen für die regionale Arbeitsmarktpolitik wurden deshalb neben den jährlichen Regionalprognosen auch ausführlichere Strukturanalysen, methodische Ansätze für zielgerichtete Regionalindikatoren, Studien zur regionalen Mobilität und Einkommensverteilung sowie eine Prognose des regionalen Arbeitskräfteangebots erar-

beitet. Dennoch bedürfen gerade die Fragen nach den Determinanten unterschiedlicher Regionalentwicklung und der endogenen Entwicklungspotentiale weiterer Klärung.

*Im zurückliegenden Programmzeitraum lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf folgenden Gebieten, die auch weiterhin Gewicht haben:*

- Analysen zu Struktur und Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte. Neben Strukturberichten zu Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Regionen wurde auch eine Studie zum regionalen Einkommensgefälle vorgelegt;
- Projektion des Angebots an Arbeitskräften und der Arbeitslosigkeit in den Regionen. Neben der laufenden Prognose der Arbeitslosigkeit in den Regionen wurde auch eine Projektion des regionalen Arbeitskräfteangebots angestrebt, die den unterschiedlichen Arbeitsplatzbedarf in den einzelnen Arbeitsamtbezirken deutlich macht;
- Untersuchungen zur regionalen Mobilität von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen;
- Datenarbeiten und Analysen zur Gewinnung aussagefähiger und zielgerichteter Regionalindikatoren. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1987 und die Aufnahme des Wohnorts in die Beschäftigtenstatistik werden hier weitere Analysemöglichkeiten, z. B. die Bestimmung der Arbeitslosenquote für kleine Räume (auch für einzelne Berufs-, Sektor- oder Qualifikationsprofile) eröffnen;
- Beiträge zur Diskussion über die Neuorientierung regionaler Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik und zu Koordinierungsfragen regional wirksamer Fachpolitik; Mitwirkung an der Neuabgrenzung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“;
- Ausbau der Serviceleistungen für regionalpolitische Entscheidungsträger mit Hilfe des regionalen Informationssystems, das den schnellen Abruf regionaler Strukturinformationen (z. B. über Branchenkrisen) und Hilfestellungen für kleinräumige Arbeitsmarkt- und Wirkungsanalysen erlauben soll.

*Im fünften Programmzeitraum könnten zusätzliche Forschungsschwerpunkte sein:*

- Ermittlung regionaler Besonderheiten von Strukturproblemen und Arbeitsmarktrisiken als Orientierungshilfe für regionalpolitischen Handlungsbedarf nach Regions- bzw. Arbeitsmarkttypen;
- Untersuchungen zur quantitativen und qualitativen Auswirkung der regionalen Fördermaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe;
- Analysen zur Struktur und Entwicklung des regionalen Beschäftigungsvolumens;
- Analyse der regionalen Konzentration von Sektor-, Qualifikations- und Aktivitätsprofilen und ihres Einflusses auf die regionalen Entwicklungspotentiale;
- weitere Forschungen zu Fragen der Mobilität: Wo findet wieviel regionale Mobilität statt? Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer? Wie entwickelt sich die regionale Mobilität längerfristig und in Abhängigkeit von der Konjunktur? Welchen Beitrag leistet die Mobilität zwischen Regionen, Branchen und Berufen zum Arbeitsmarktausgleich? Wel-

che Mobilitätsverflechtungen sind zwischen den Regionen zu beobachten? Künftig sollen auf der Grundlage einer erweiterten Beschäftigtenstatistik und der VZ 87 auch Pendlerverflechtungen einbezogen werden;

- regionale Analyse der Schaffung und des Wegfalls von Arbeitsplätzen nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößen; Erforschung des Zusammenhangs zwischen labour turnover und regionalen Problemstrukturen. Zu diesem Fragefeld werden Betriebsdateien aufgebaut und ausgewertet;
- weitere Analysen zur regionalen Lohnstruktur und Einkommensentwicklung vor allem im Hinblick auf Beschäftigungsdynamik, Qualifikation etc.;
- wissenschaftliche Aufbereitung von Strategien regionaler Arbeitsmarktpolitik. Neben gezielten Fallstudien wird auch eine Synopse lokaler Beschäftigungsinitiativen angestrebt.

Darüber hinaus bleibt es Daueraufgabe des IAB, seine Forschungsergebnisse – wenn irgend möglich und sinnvoll – regional untergliedert anzubieten.

Die Referate für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei den neun Landesarbeitsämtern sind bewährte Partner des IAB. Durch den EDV-Verbund mit dem IAB lassen sich künftig die Forschungsanstrengungen in den Regionen verstärken. Daraus folgt auch eine stärkere Inanspruchnahme von Forschung und Statistik in allen Arbeitsbereichen des IAB. Die Einbeziehung in die Aufgaben vor Ort bei gleichzeitiger Bindung an das IAB unterstützt darüber hinaus den Brückenschlag zwischen Forschung und Anwendung. Dies weist den Forschungsreferaten eine wichtige Mittlerrolle bei der Gewinnung, Umsetzung und gezielten Verbreitung von Informationen zu.

#### (4)

#### **Die neuen Formen des Erwerbsverhaltens erfordern aufmerksame Beobachtung und gründliche Analysen.**

Die anhaltende Unterbeschäftigung, der freiwillige oder erzwungene Wandel der individuellen und gesellschaftlichen Einstellung zur Arbeit sowie die Änderung von Arbeitsstrukturen selbst haben neue Formen des Erwerbsverhaltens hervorgebracht.

Die wichtigsten *Indizien bzw. diesbezügliche Vermutungen* für einen Umbruch bei traditionellen Verhaltensweisen und Einstellungen zur Arbeit sind:

- Neue Selbständige, mehr Eigenarbeit, andere als erwerbswirtschaftliche Arbeit, neuartige Formen des Verbleibs von Ausbildungsabsolventen und auch von Arbeitslosen auf „neuartigen Arbeitsmärkten“, freiwilliger Rückzug vom Arbeitsmarkt, freiwillige Arbeitsenthaltung, neue Subkulturen, Ausweitung der Alternativszene; fließende Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und anderer Tätigkeit mit oder ohne Entlohnung; Ausbreitung subberuflicher Sozialstrukturen und sozialer Desintegration;
- Abdrängung bzw. Ausschluß vom offiziellen Arbeitsmarkt; Ausgrenzungs- und Verdrängungsprozesse (Marginalisierung) bei Teilen von bestimmten Personengruppen wie Frauen, Ausländern, Jugendlichen, Behinderten, Älteren;

- Ausweitung von Beschäftigungsformen wie befristete und kurzfristige Arbeitsverträge; geteilte Arbeitsverhältnisse; Teil(zeit)-Beschäftigung; Mehrfachbeschäftigung; Gelegenheitsarbeit; Werkverträge; Aushilfen; geringfügige Beschäftigung; Heimarbeit; Saisonarbeit; Leiharbeit; illegale Beschäftigung; Nachbarschaftshilfe;

- Der Beruf im engeren Sinne erscheint für den Lebenssinn weniger bestimmend; auch die an die Berufsarbeit geknüpften „sozialen Attribute“ tragen weniger: soziale Kontaktfelder, Sozialprestige und Ansehen, Möglichkeiten zur personalen Entwicklung, Entfaltung und gesellschaftlichen Nützlichkeit werden einzelne und bestimmte soziale Gruppen außerhalb der Berufstätigkeit suchen wollen oder auch müssen.

Alles dies sind – wie gesagt – lediglich Anzeichen und Vermutungen, die sehr sorgfältiger Prüfung bedürfen. Sofern aus diesen neuen Entwicklungen spürbare und nachhaltige Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt erwachsen, erlangen sie arbeitsmarktpolitische Bedeutung auch für die Bundesanstalt für Arbeit. Im vierten Programmzeitraum befaßte sich das IAB mit Bedeutung und Verbreitung von Arbeitsloseninitiativen, alternativ-ökonomischen Projekten, öffentlichen Beschäftigungs- und Beratungsinitiativen. Arbeitsloseninitiativen bieten häufig in Kooperation mit den Arbeitsämtern ein Beratungs- und Betreuungsangebot, in Ausnahmefällen ein Bildungs- und/oder Beschäftigungsangebot. Die „Alternativökonomie“ wurde auf ihre Marktfähigkeit, Verbreitung und Entwicklung, auf ihre Beschäftigungseffekte, z. B. nach Wirtschaftszweigen und Berufen, sowie auf ihre Bedeutung für die Teilarbeitsmärkte von Akademikern oder besonderen Personengruppen untersucht.

Als Reaktion auf die relativ hohe Arbeitslosigkeit bei allen Bildungs- und Beschäftigungsgruppen haben sich ferner öffentliche Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen entwickelt. Diese Initiativen erfüllen in der Regel Aufgaben im öffentlichem Interesse und sind vielfach aus öffentlichen Mitteln subventioniert. Organisationsformen, Umfang, Verbreitung, gesellschaftliche Verankerung, Stabilisierung, Finanzierung und Kontinuität dieser Initiativen sind wissenschaftlich kaum erschlossen und beschrieben. Gleiches gilt für die vielfach öffentlich geförderten Beratungsinitiativen. Sie leisten Dienste sowohl für die Projekte in der „Alternativökonomie“ als auch für die öffentlichen Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen. Daneben entwickeln sich vielfältige Arbeits- und Beschäftigungsformen, die der Bedarfswirtschaft, aber auch der Schattenwirtschaft zuzurechnen sind. Diese neuen Entwicklungen weiter zu erhellen, zu klassifizieren und zu quantifizieren, ist eine wichtige Aufgabe im fünften Programmzeitraum.

#### Fazit für die Forschung

*Im vierten Programmzeitraum wurden im IAB u. a.*

- grundlegende Beiträge zur Einordnung von Schatten- und Bedarfswirtschaft in das Gefüge aller wirtschaftlichen Aktivitäten erstellt;
- ein erster Überblick über die Verbreitung von Arbeitsloseninitiativen und der Alternativökonomie sowie ihrer Beschäftigungseffekte gegeben;
- am Beispiel alternativ-ökonomischer Projekte nicht nur schwierige Erfassungs- und Meßprobleme in der „wirtschaftlichen Grauzone“ geklärt, sondern auch deren quantitative Entwicklung.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Weiterführung der im vierten Programmzeitraum begonnenen begrifflichen Klärung und empirischen Untersuchungen zur Initiativbewegung;
- Untersuchungen zur Mehrfachbeschäftigung, Leiharbeit, Beschäftigung unterhalb der Sozialversicherungspflicht, zur Schattenwirtschaft und illegalen Beschäftigung;
- Bestimmung der Bedeutungsdimensionen beruflicher Arbeit für den einzelnen;
- Ermittlung der quantitativen Entwicklungen und der Verbreitung neuer Formen von Arbeit und Beruf; quantitative und qualitative Aspekte behelfsmäßiger Arbeitsmärkte unter Berücksichtigung von
- Wechselwirkungen mit dem herkömmlichen, „normalen“ Arbeitsmarkt,
- Realverteilungswirkungen in funktionaler, personaler und fiskalischer Hinsicht,
- Auswirkungen auf individuelle Erwerbsbiographien. Dabei wird erst eine Aufhellung der vielfältigen Sachverhalte eine befriedigende Klärung der Begriffe ermöglichen;
- Analyse der diesen Wandel bestimmenden sozioökonomischen Faktoren und Veränderungen. Insbesondere ist der Frage nachzugehen, welche Änderungen von der Arbeitsmarktlage herbeigeführt wurden und welche als darüber hinausgehende Einstellungsänderungen zu interpretieren sind;
- Bestimmung der Gruppen-, Einkommens-, Arbeitszeit- und Haushaltsstrukturen der neuen Randformen der Erwerbsbeteiligung und ihrer Entwicklung;
- Begriffliche Bestimmung und Erforschung des in der öffentlichen Diskussion häufig nur schlagwortartig und verzerrend angesprochenen „freiwilligen Rückzugs aus dem Erwerbsleben“ im Zusammenhang mit Haushalts-Einkommenssituation, Wertewandel, Randformen des Erwerbsverhaltens, sozialversicherungsrechtlichen Regelungen, Arbeitszeitentwicklung und marginalen Beschäftigungsverhältnissen;
- Übergänge zwischen abhängiger Arbeit, Arbeitslosigkeit und Selbständigkeit;
- Untersuchung der finanziellen, psychischen und sozialen Auswirkungen veränderter Arbeitsmarktbedingungen auf die Betroffenen und der sich daraus ergebenden Rückwirkungen auf das Erwerbsverhalten (Wechselwirkungen, Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, neue Verhaltensweisen).

#### (5)

**Die Verhaltensweisen der Anbieter von Arbeitsplätzen sind im Umbruch und deshalb in Forschung und Politik stärker zu berücksichtigen.**

Bei anhaltendem Beschäftigungsdefizit in der Gesamtwirtschaft richtet sich das Forschungsinteresse zunehmend auf die Bestimmungsgründe und das betriebliche Kalkül und Verhalten, neue oder geänderte, geteilte oder zusammengelegte, insgesamt mehr oder weniger Arbeitsplätze anzubieten und zu besetzen. Folglich stehen verstärkt die

betriebliche Beschäftigungsanalyse, die Qualität und die Risikofaktoren von Arbeitsplätzen und damit auch die mittel- und langfristige betriebliche Personalwirtschaft im Zentrum des Interesses. Dabei interessieren die Dauerhaftigkeit von Beschäftigungsverhältnissen, der qualifikationsgerechte Einsatz und das Auswahlverhalten der Betriebe bei Einstellungen.

Von besonderem Interesse sind die betrieblichen Qualifizierungsstrategien zur Deckung des künftigen Arbeitskräftebedarfs und zur Weiterbildung der Mitarbeiter bei abnehmender Verwertbarkeitsdauer des einmal erworbenen beruflichen Wissens und bei nachlassendem Zustrom von Berufsanfängern aus geburtenschwächeren Jahrgängen.

Aus dem Zusammenspiel zwischen einzelwirtschaftlicher Personalplanung und betrieblicher Beschäftigungspolitik werden bei mittleren und großen Unternehmen Umriss einer eigenständigen unternehmerischen Arbeitsmarktpolitik deutlich. Zu beachten sind ferner neuartige Zusammenhänge zwischen Unternehmensverhalten und Arbeitsmarktstruktur. Dazu gehört wiederum das Verhalten der Arbeitsplatzanbieter bei sich änderndem Qualifikationsbedarf durch technischen/organisatorischen Wandel, etwa im Bereich Fabrik/Büro der Zukunft.

Schwer vorhersehbare Vorgänge auf den nationalen und internationalen Märkten für Güter, Rohstoffe und Finanzierungsmittel bestimmen das Beschäftigerverhalten ebenso wie die arbeits- und sozialrechtliche Entwicklung und die Arbeitsplatzfolgen von Branchenkonjunkturen, Konzentrationsprozessen und Konkursen/Insolvenzen. Die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes sind bisher allenfalls in Umrissen zu erkennen. Umstritten ist, ob sich die in den siebziger und achtziger Jahren beobachtete Abschwächung des Produktivitätszuwachses auch in Zukunft fortsetzt oder wieder umkehrt, ob und in welchem Umfang es tatsächlich zu einer „Entkoppelung“ von Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung gekommen ist. Die Produktivitäts- und Arbeitszeitforschung wird zur Klärung der Frage beitragen, ob die gegenwärtig gedrückte Beschäftigungsschwelle mittel- oder langfristig nicht wieder höher prognostiziert werden mußte, wie es in neueren Projektionen bereits geschieht.

Betriebe und Verwaltungen werden bei Beschäftigungsänderungen vermutlich besonders kritisch bleiben, d. h. die Risiken hoch einschätzen. Bei niedrigem Beschäftigungsniveau verstärkt sich möglicherweise die Tendenz zu innerbetrieblichen Arbeitsmärkten mit ihren eigengesetzlichen Umsetzungen, Auf- und Abstiegen sowie betriebspezifischen Qualifizierungen. Bei anhaltendem Beschäftigungsdefizit könnten Auswahlprozesse bei Einstellungen und Entlassungen ausgeprägter und konfliktrichtiger werden, bisherige Flexibilitäten am Arbeitsmarkt sogar faktisch eingeschränkt werden. Der denkbare Umbruch im Beschäftigerverhalten beeinflusst auch die Beziehungen zwischen inner- und außerbetrieblichen Arbeitsmärkten (Segmentation). Neue Arten und Verteilungen von Beschäftigungsrisiken können auftreten, das Normalarbeitsverhältnis hat Konkurrenz durch abweichende neue Beschäftigungsformen gefunden. Damit sind auch besondere Herausforderungen an die Arbeitsvermittlung verbunden, um einen angemessenen Einschaltungsgrad zu gewährleisten.

Dazu kommt, daß außerbetriebliche Qualifizierungsprozesse nur bedingt auf betriebliche Besonderheiten vorbe-

reiten können, soll die zwischenbetriebliche Mobilität der Arbeitskräfte gewährleistet bleiben. Dies bedingt, daß künftig die ergänzende betriebliche Einarbeitung oder Einweisung am Arbeitsplatz an Bedeutung gewinnt und bei sich ändernden betrieblichen Rahmenbedingungen gleichzeitig schwieriger und aufwendiger wird. Davon sind auch Fragen der innerbetrieblichen Lohnstruktur und Arbeitssituation berührt.

Lohnsubventionen beeinflussen Höhe und Struktur von Einstellungen und Beschäftigung in betrieblicher Sicht kaum. Rechtliche, institutionelle und tarifvertragliche Versuche, die Beschäftigung zu stabilisieren, bestimmen die Verhaltensweisen der Arbeitnehmervertretungen, während die Betriebe mehr Anpassungsflexibilität als früher wünschen. Betriebliche Strategien einer „Politik der mittleren Linie“, d. h. Versuche, eine vorhandene Belegschaft nach Umfang und Zusammensetzung über längere Zeit zu erhalten, unterliegen immer auch betriebswirtschaftlichen Ertragskalkülen.

#### **Fazit für die Forschung**

*Als Zwischenbilanz bisheriger Forschung bleibt folgendes festzuhalten:*

Während zu Beginn des Programmzeitraums mehrere Fremdbeiträge dem Beschäftigerverhalten gewidmet waren, sind in dessen weiterem Verlauf zahlreiche Eigenprojekte, sei es in Form von Betriebsbefragungen, sei es anhand von betriebsbezogenen Beschäftigungsanalysen, abgewickelt worden. Grundlagenbeiträge sind die Aufarbeitung der vorhandenen Theorien über Unternehmensverhalten und Arbeitsmarktstruktur, ein Projekt über die Bedeutung sozialer Qualifikationen sowie eine empirische Typologie der betrieblichen Personalbeschaffung. Untersuchungen zur Stabilität und Fluktuation von Beschäftigung, auch im Saisonverlauf, zur Wirkung von Betriebsstillegungen auf einen örtlichen Arbeitsmarkt und eine wissenschaftliche Kontroverse über den Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittelgroßer Unternehmen suchten das tatsächliche Beschäftigerverhalten zu klären. Betriebsbefragungen zielten auf die Beschäftigungswirkungen einer Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten, eines Abbaus von Überstunden und alternativer Ruhestandsregelungen. Die betriebsbezogene Produktivitätsforschung zeigte die Bestimmungsgrößen der Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und im Kreditgewerbe. Neue Erkenntnisse über die Möglichkeiten der Teilzeitförderung, über Klein- und Mittelbetriebe als Hoffnungsträger der Beschäftigungspolitik stehen für arbeitsmarktpolitische Vorschläge ebenso bereit wie die genannten arbeits- und betriebszeitpolitischen Untersuchungen.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Untersuchung der vielfältigen quantitativen und qualitativen Bestimmungsgrößen, die bei der Schaffung neuer und beim Abbau vorhandener Arbeitsplätze eine entscheidende Rolle spielen;
- weitere Untersuchungen zum Einstellungs- und Qualifizierungsverhalten der Betriebe/Verwaltungen einschließlich der Entscheidungsabläufe bei der Personalwirtschaft und der Personalplanung; Untersuchungen zur gleichwertigen bzw. unterwertigen Beschäftigung der qualifizierten Arbeitskräfte;

- Analyse von Faktoren, die bei der Personalrekrutierung von Betrieben und Behörden und bei der Vermittlung durch die Arbeitsämter von Bedeutung sind;
- Zusammenhänge zwischen innerbetrieblichen und überbetrieblichen Arbeitsmärkten (Mobilitätsketten);
- Klärung der Frage, welche Beschäftigungseffekte sich aus innerbetrieblichem Strukturwandel, z. B. von Tätigkeitsstrukturen, erzielen lassen;
- Beschäftigungswirkungen unterschiedlicher Formen der Kombination von Arbeitszeit der Mitarbeiter und Betriebszeit der Produktionsanlagen;
- Stärkere Berücksichtigung von Diskrepanzen zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationsprofilen und praktizierten und/oder potentiellen Überbrückungsmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitszeit- und Qualifizierungspolitik;
- Zusammenwirken betrieblicher und öffentlicher Beschäftigungspolitik. Die inzwischen erkennbaren Umriss einer unternehmerischen Arbeitsmarktpolitik sind zu erforschen, um deren Ziele und Eigengesetzlichkeiten, auch in ihrem Verhältnis zur staatlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einschließlich der Qualifikations- und Weiterbildungspolitik, zu klären;
- Bestimmung des Arbeitsplatzpotentials, auch in Volumengrößen: Weiterführung und Vertiefung der theoretischen, konzeptionellen und empirischen Arbeiten zur Entwicklung einer Arbeitsplatzpotentialrechnung;
- Entwicklung einer Arbeitsplatzgesamtrechnung als Gegenstück zur Arbeitskräftegesamtrechnung. Das Ausbildungsplatzangebot und der Übergang vom Ausbildungs- in das Arbeitsplatzsystem sollten darin erkennbar sein (konzeptionelle und empirische Vorarbeiten);
- Untersuchungen über Betriebsgründungen und Betriebs-schließungen, Betriebe mit wachsender und schrumpfender Beschäftigung;
- Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Beschäftigungsentwicklung unter Berücksichtigung von Brancheneinflüssen, Einkommens- und Qualifikationsaspekten;
- repräsentative Befragung von betrieblichen Experten über Beschäftigungsaussichten in anerkannten Ausbildungsberufen im eigenen Betrieb, um zusätzliche Informationen zu gewinnen. Dabei geht es um folgende Themen: Fachkräftebestand und künftige Entwicklung, technisch-organisatorische Änderungen, Aufstiegschancen und Fortbildung, Qualität der Berufsausbildung, Anforderungsprofile, Neueinstellungen und offene Stellen, Kriterien für die Übernahme von Ausgebildeten und die Anstellung von Fachkräften.

Bei der Verbindung von sozialwissenschaftlicher Arbeitsmarktanalyse und betriebswirtschaftlicher Interpretation von Arbeitsmarktprozessen soll die Anwendung und Entwicklung empirisch gehaltvoller mikroökonomischer Arbeitsmarkttheorie zur Strukturierung von Forschungsfragenstellungen als Grundlage empirischer Arbeit und als aufklärende Interpretationshilfe bei Entscheidungsproblemen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik helfen. Moderne mikroökonomische Arbeitsmarkttheorie ist gleichzeitig Unternehmenstheorie und stellt wichtige Werkzeuge zur Verbindung betriebs- und volkswirtschaftlicher Analyse des personalwirtschaftlichen und -organisatorischen Handelns in Unternehmen zur Verfügung.

Betriebliche Arbeitsmarktforschung i. S. der notwendigen Zusammenführung von Erkenntnissen über den Wirkungszusammenhang zwischen betriebs/unternehmens-internen bzw. -externen Arbeitsmärkten ist in der Bundesrepublik unterentwickelt. In den Unternehmen sind langfristige personalwirtschaftliche Konzeptionen unter Einschluß von Qualifizierungsstrategien nur vereinzelt auszumachen. Die Verbindung zur betriebswirtschaftlichen Forschung ist herzustellen.

## (6)

**Die internationale Verflechtung der Arbeitsmärkte erfordert weiterhin Auslands- und Ausländerforschung im Hinblick auf den deutschen Arbeitsmarkt, vor allem wegen der geplanten Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992.**

### Auslandsforschung

Die Bundesrepublik Deutschland ist eingebunden in die Weltwirtschaft durch grenzüberschreitende Bewegungen von Gütern, Kapital und Arbeitskräften, die auf den deutschen Arbeitsmarkt einwirken. Arbeitsmarktprobleme können deshalb schon lange nicht mehr nur allein national betrachtet oder gelöst werden.

Unter zwei Gesichtspunkten erscheint die Berücksichtigung der ausländischen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungsentwicklung von besonderer Bedeutung:

Zum einen läßt sich aus dem Vergleich der Strukturen und Tendenzen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt anderer Länder die Stellung der Bundesrepublik im internationalen Gefüge bestimmen. Dies erlaubt u. U. Analogieschlüsse, die verwandte Sachverhalte im Inland erklären oder auch Hinweise auf erwartbare Entwicklungen geben können. Umgekehrt kann auch erst eine genauere Analyse des Auslands landesspezifische Besonderheiten herausarbeiten, die solche analogen Folgerungen verbieten.

Im Prinzip sind unter Vergleichsaspekten alle Themen interessant, die auch im Inland Beachtung finden, seien es bestimmte Personengruppen oder arbeitsmarktbezogene Sachverhalte. Während des vierten Programmzeitraums wurde z. B. über die Ermittlung der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern, deren Systeme des Leistungsbezugs bei Arbeitslosigkeit, die Ausländerbeschäftigung und die Arbeitsmarktpolitik berichtet. Die Betrachtung längerfristiger Entwicklungen trat angesichts der unterschiedlichen Beschäftigungsentwicklung in den USA und den europäischen Ländern stärker in den Vordergrund. Insbesondere wird über Ursachen, Unterschiede/Gemeinsamkeiten oder Gesetzmäßigkeiten bei der Entwicklung der Dienstleistungen im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe weiter nachzudenken sein.

Zum anderen ergibt sich eine direkte Beeinflussung aus dem Ausland in Form von Arbeitskräfte-, Güter- und Kapitalströmen. Diese grenzüberschreitenden Bewegungen beeinflussen – je nach Auslandsverflechtung und Wechselkursrelationen – direkt die heimische Wirtschaft und damit den Arbeitsmarkt, folglich Höhe und Struktur der Beschäftigung.

Die Arbeitsmarktforschung muß die weitere Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung und deren Auswirkung

gen in ihr Blickfeld einbeziehen. Die bisher erkennbaren Trends zeigen, daß die Entwicklungsländer in den letzten 20 Jahren keine wesentliche Verbesserung ihrer Welthandelsposition erreichen konnten. Dagegen traten die sogenannten Schwellenländer aus dem südostasiatischen Raum bei einigen Industriegütern stärker in Konkurrenz zu den Industrieländern, so daß sich für sie besondere Forschungsfragen stellen. Dabei ist ein Trend zu beobachten, wie er auch im Handel zwischen den Industrieländern seit langem erkennbar ist: Konkurrenzbeziehungen führen weniger zu einer Verdrängung von Branchen, sondern zu einer stärkeren Spezialisierung innerhalb der Wirtschaftszweige. Dabei werden diese Länder auch zunehmend zu Importeuren von Produkten der Industrieländer.

Bei immens steigendem Arbeitsplatzbedarf in den Entwicklungsländern bildet der Mangel an Sach- und Humankapital (Qualifikation, Ideen) den entscheidenden Engpaß in Richtung wirtschaftlichen Fortschritts. Hier ist mehr in Erfahrung zu bringen über die Wirkungen und Rückwirkungen eines stärkeren weltwirtschaftlichen Engagements der Industrie- und Entwicklungsländer. Bezüglich des Arbeitsmarktes in Industrie- und Entwicklungsländern wäre z. B. auch der Frage nachzugehen, ob und auf welche Weise die gegenwärtig verbreitete einzelstaatliche Behandlung von Unterbeschäftigung durch eine für alle Seiten nützliche Strategie einer kooperativen Beschäftigungspolitik ergänzt werden kann.

Im Hinblick auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes hat die EG-Kommission ein Programm zum schrittweisen Abbau aller materiellen, technischen und steuerlichen Schranken bis 1992 festgelegt. Im einzelnen handelt es sich um Wegfall der Personen- und Warenkontrollen an den Grenzen, Vereinheitlichung von technischen Normen, Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs (Kapital, Finanzdienste, Verkehr), Angleichung der indirekten Steuersätze, Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen und Berufsausübungsbestimmungen. Dieser große Binnenmarkt birgt aber nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Die durch den Wegfall der Handelshemmnisse erwartbaren Wohlfahrtsgewinne können unterschiedlich verteilt sein, wenn bisher geschützte Bereiche dem Wettbewerb ausgesetzt werden. Eine Verschiebung der Arbeitsteilung innerhalb der EG kann die Folge sein. Diese möglichen wirtschaftsstrukturellen Verschiebungen haben auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die europäisches und nationales Handeln erforderlich machen.

Der oben beschriebenen direkten und indirekten Einwirkungen aus dem Ausland auf den deutschen Arbeitsmarkt wird sich auch die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung annehmen müssen. Diese Gebiete sollten in intensiver, fallweiser Kooperation mit anderen, auch ausländischen und übernationalen Institutionen bearbeitet werden. Dies setzt auch eine nicht unerhebliche dokumentarische Tätigkeit voraus, z. B. in bezug auf fremdsprachige Terminologie oder Literatur.

#### **Fazit für die Forschung**

*Im vierten Programmzeitraum wurde im IAB berichtet über*

- die Ermittlung und Abgrenzung der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern;
- Arbeitszeitverkürzung (Wochen-, Jahres-, Lebensarbeitszeit) in einigen Industriestaaten;

- die Berechnung der Dauer der Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft;
- Art, Höhe und Dauer der Leistungszahlungen bei Arbeitslosigkeit in den EG-Ländern;
- Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in einigen Industriestaaten;
- Probleme und Tendenzen der weiter zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und deren mögliche Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt;
- Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland;
- die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Schwerpunkte der Auslandsforschung sein:*

- Auswirkungenuntersuchungen zur internationalen Arbeitsteilung, insbesondere im Zusammenhang mit der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes: Wanderungen von Arbeitskräften, Verlagerungen von Arbeitsplätzen und deren Wirkung auf Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen einschließlich Fragen der sozialen Sicherung. Die Beobachtung weiterer Auswirkungen der internationalen Arbeitsteilung (Wettbewerb der Schwellenländer, Verschuldung von Entwicklungsländern) wäre ergänzend sinnvoll;
- Verbesserung des Vergleichsinstrumentariums für die wichtigsten Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt wie Arbeitslose, Beschäftigte oder für arbeitsmarktstatistische Größen wie die Arbeitslosenquote;
- Erarbeitung von eindeutigeren Abgrenzungen, da neue und veränderte Beschäftigungsformen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Wandlungen im Erwerbsverhalten die klassische Einteilung der Erwerbsbevölkerung in Arbeitslose, Erwerbstätige und beruflich inaktive Personen verwischen, und aufmerksame Beobachtung der Entwicklung in anderen Ländern direkt oder über die internationalen Organisationen;
- Vergleichende Beobachtung richtungweisender struktureller Entwicklungen im Ausland (wie zwischen Dienstleistungssektor und Verarbeitendem Gewerbe).

#### **Ausländerforschung**

Die ausländische Wohn- und Erwerbsbevölkerung hat sich in den letzten Jahren tendenziell stabilisiert. Gleichzeitig war zu beobachten, daß die Beschäftigung der Ausländer in der vorangegangenen Rezession überproportional zurückgegangen ist und bislang ihr altes Niveau nicht wieder erreicht hat. Auf mittlere Sicht gesehen ist jedoch aufgrund der Altersstruktur mit einem Anstieg des ausländischen Erwerbspersonenpotentials zu rechnen, wohingegen das deutsche in der demographischen Komponente allmählich abnehmen wird.

Es ist nicht zu erwarten, daß Ausländer in Zukunft durch verstärkte Rückwanderung den westdeutschen Arbeitsmarkt wesentlich entlasten. Das zeigen auch die aktuellen Zahlen über ihre Wanderungen. Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und ein stark steigendes Potential an Erwerbspersonen in den Heimatländern sowie deren innen- und außenwirtschaftliche Probleme halten die Ausländer tendenziell zurück. Obendrein hat sich die Einstellung zur Rückkehr in

das Herkunftsland der Eltern bei den hier geborenen Ausländern deutlich verändert.

Hieraus entstehen zusätzliche Arbeitsmarktprobleme bei der beruflichen Eingliederung der zweiten und dritten Ausländergeneration. Auch die Beschäftigungsmöglichkeiten der ersten Generation schrumpfen, weil in den letzten Jahren bisher typische „Ausländer-Arbeitsplätze“ verstärkt abgebaut wurden.

Daneben müssen auch die Konsequenzen der Erweiterung der EG bedacht werden. Denn ab 1988 wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte auf Griechen, ab 1993 auch auf Spanier und Portugiesen ausgedehnt werden. Zu beobachten sind ferner die Verhandlungen EG – Türkei und denkbare Wirkungen der Ergebnisse auf die Arbeitsmärkte.

Da nach Italien als erstem Anwerbeland im Zuge der Erweiterung der EG ab 1988 auch für Griechenland das EG-Recht der Freizügigkeit gilt, ist für diese beiden Nationalitäten eine Untersuchung des Wanderungsverhaltens unter Freizügigkeitsbedingungen sinnvoll, auch um die Auswirkungen der Freizügigkeit für Spanien und Portugal rechtzeitig abschätzen zu können. Die Untersuchung müßte die Auswirkungen auf den Bildungsverlauf von Jugendlichen, Weiterbildungsmaßnahmen für erwachsene Ausländer und Arbeitsmarktaspekte dieser Länder im Konjunkturverlauf einbeziehen.

#### **Fazit für die Forschung**

*Im vierten Programmzeitraum wurden u. a. vorgelegt*

- eine Analyse der Entwicklung der ausländischen Bevölkerung und des ausländischen Erwerbspersonenpotentials einschließlich der Stillen Reserve nach den verschiedenen Einflußkomponenten;
- vergleichende Untersuchungen der Struktur und Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der Ausländer und der Deutschen;
- Untersuchungen über die demographische Entwicklung, die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation bei ausländischen Jugendlichen;
- eine Analyse der gesamtwirtschaftlichen Aspekte der Ausländerbeschäftigung;
- eine quantitative Abschätzung der Auswirkungen des Rückkehrförderungsgesetzes.

Ferner wurde eine „Verlaufs“-Untersuchung bei Rückkehrern (einschließlich Jugendlicher) hinsichtlich der Realisierung ursprünglicher beruflicher Pläne und der Entwicklung ihrer sozialen und beruflichen Situation begonnen und z. T. bereits abgeschlossen.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Schwerpunkte der Ausländerforschung sein:*

- Weitere Untersuchungen darüber, wie sich die Entwicklung der Ausländerbevölkerung auf das Erwerbspersonenpotential auswirkt; Tendenzen des Erwerbsverhaltens von Ausländern;
- Analyse der Entwicklung der Beschäftigungschancen und des Erfolges von Fördermaßnahmen für Ausländer, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung, Weiterbildung und Umschulung; Einstellungsverhalten von Betrieben gegenüber Ausländerinnen und Ausländern, insbesondere auch Ausbildungsplatzbewerbern;

- Untersuchung der Wanderungsbewegungen, ihrer Ursachen und strukturellen Entwicklungen; Effekte der EG-Erweiterung und Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der beteiligten Länder; Untersuchung des Wanderverhaltens unter Freizügigkeitsbedingungen und dessen Auswirkungen auf den Bildungsverlauf von ausländischen Kindern und Jugendlichen wie auf die Weiterbildungsmöglichkeiten; Berücksichtigung der Konjunkturabhängigkeit des Wanderungsverhaltens und seiner Bedeutung für das Beschäftigungs- bzw. das Herkunftsland;

- Weiterführung und Abschluß der Untersuchungen zu den Aspekten der Rückkehr und Wiedereingliederung von Ausländern (einschließlich Jugendlicher);

- Einbeziehung des Ausländeraspektes in zentrale IAB-Untersuchungen zum Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem, zum Berufsverlauf, zur Frauenerwerbstätigkeit und zur Arbeitslosigkeit sowie bei Auswertung der Beschäftigtenstatistik;

- Beobachtung der Arbeitsmarktaspekte verstärkter selbständiger Erwerbstätigkeit von Ausländern;

- Untersuchung der Einstellungen ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Ausbildung und Beruf im Wandel der Generationen.

(7)

**Grundlegend veränderte Rahmenbedingungen gehen mit anhaltend starkem Strukturwandel in Wirtschafts- und Arbeitswelt einher.**

Im Vierten Schwerpunktprogramm von 1982 war formuliert worden: „Rohstoffknappheit, Energiekrise und Umweltbewußtsein setzen grundlegend veränderte Rahmenbedingungen für Volkswirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsystem. Ein starker Strukturwandel mit erheblichen Anpassungsfriktionen auf Güter- und Arbeitsmärkten mit ersten Folgen für das Sozialgefüge ist nicht auszuschließen.“

Die Anpassungserfordernisse an die demographische Entwicklung und an neue Technologien sind inzwischen keineswegs geringer geworden. Im Gegenteil ist erkannt worden, daß die Wachstumsdynamik der Wirtschaft von ihrer Fähigkeit zur Beschleunigung des Strukturwandels maßgeblich abhängt. Seit 1982 haben zwar die Öl- und Rohstoffpreisprobleme an Aktualität eingebüßt. Die Wirtschaft sollte sich dennoch auf einen langfristigen Verknappungs- und Verteuerungstrend mit allerdings starken Ausschlägen nach oben und unten einstellen.

Die außenwirtschaftlichen Herausforderungen für den Strukturwandel sind in den letzten Jahren insgesamt auch nicht geringer geworden. Die zeitweilige DM-Abwertung milderte zwar vorübergehend den Anpassungsdruck an die seit dem Ende der Ära fester Wechselkurse veränderten Außenwirtschaftsbedingungen, sie verlangsamte möglicherweise aber auch den strukturellen Anpassungsprozeß, dessen Notwendigkeit durch die darauf folgenden drastischen DM-Aufwertungen erneut unterstrichen wurde. Bei flexiblen Wechselkursen kann die deutsche Wirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf nicht mehr mit länger anhaltenden Zeiten einer Preissubvention durch Unterbewertung der DM rechnen, sondern muß auf die Inno-

tions-, Qualitäts- und Servicekomponente setzen und dabei Kosten und Preise beachten.

Größeres Gewicht als früher dürfte aber in Zukunft den Umweltproblemen beizumessen sein. Seit den siebziger Jahren sind die Grenzen des Wachstums für umweltschädliche Produktionen überall erkannt worden. Derzeit stehen viele Länder am Beginn eines Prozesses der Reparatur bisheriger Umweltschäden und der Produktionsumstellung auf umweltverträgliche Verfahren und Produkte. Diese Umstellungen und Schadensbeseitigungen dürften zwar nur in einem längeren Zeitraum zu verwirklichen sein. Sie werden aber – möglicherweise bereits in den nächsten Jahren – beachtliche Ressourcen binden und Strukturen verändern. Überproportionale Wachstums- und Beschäftigungschancen werden sich den Ländern eröffnen, die zukunftssträchtige umweltschonende, energie- und rohstoffsparende Produkte, Verfahren und Systemlösungen entwickeln und marktfähig machen. Notwendige Umweltreparaturen führen auch zu einem erheblichen öffentlichen Investitionsbedarf.

Nicht eingetroffen ist bisher der seinerzeit unterstellte starke Strukturwandelschub. Im Gegenteil ergibt sich aus der Strukturberichterstattung eher ein zu langsamer Strukturwandel. Das gilt z. B. für die bisher unterbliebenen Anpassungen an die Erfordernisse des Umweltschutzes und der rationelleren Energieverwendung, für bislang nicht voll ausgeschöpfte Marktchancen aufgrund der neuen Technologien und schließlich für die angesichts hoher Arbeitslosigkeit verstärkte, allgemein verbreitete Neigung zu strukturhaltenden Strategien, d. h. zu der Tendenz, knappe Ressourcen und öffentliche Mittel eher zur Konservierung traditioneller als zur Förderung zukunftsreicher Produktionen einzusetzen. Dieser Stau könnte sowohl Ursache als auch Folge des relativ geringen Wachstumstempes der letzten Jahre sein. In der Strukturberichterstattung von 1983 wurde diese Wachstumsschwäche auch in einer zu verhaltenen technologischen Erneuerung der Wirtschaft gesehen. In der Anfangsphase einer umwälzenden Innovationswelle besteht offensichtlich eine große Unsicherheit über die künftige strukturelle Entwicklung im einzelnen. Diese Unsicherheit fördert eine eher abwartende Haltung der Investoren und Konsumenten, zumal bei schwacher gesamtwirtschaftlicher Aktivität. Außerdem erfordern Produktionsumstellungen Zeit und stoßen schnell an betriebswirtschaftliche Grenzen der Rentabilität und Finanzierbarkeit. Neue Wachstumfelder wie die Entwicklung und Expansion umweltschonender, rohstoff- und energiesparender Technologien und Produktionen müssen zunächst einmal erschlossen werden. Nicht zuletzt scheinen gegenwärtig auch partielle Qualifikationsdefizite die Umstellungen auf neue Verfahren und Produkte zu erschweren. Ein plötzlicher umfassender Strukturwandelschub ist auch derzeit kaum zu erwarten. Nach Überwindung von Umstellungsschwierigkeiten könnte sich der Strukturwandel aber mittelfristig deutlich beschleunigen.

In allen vorliegenden Vorhersagen – einschließlich der IAB/Prognos-Projektionen der Arbeitslandschaft des Jahres 2000 – wird ein erheblicher Wandel der deutschen Wirtschaftsstruktur zu einer forschungs- und entwicklungsintensiven Wirtschaft mit zunehmender Auslandsorientierung, wachsendem Intelligenzanteil in den Produkten und steigendem Dienstleistungsanteil erwartet. Dabei dürften den IAB/Prognos-Projektionen zufolge Innovationstempo, Strukturwandel, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsstand positiv miteinander korreliert sein. Der Trend zur

Dienstleistungsgesellschaft wird sich überall, nach Sektoren, Berufen und Tätigkeiten fortsetzen. Damit werden Bereiche, die statistisch und analytisch bisher noch wenig durchleuchtet sind, ein größeres Gewicht erhalten.

Die Zukunftsaufgabe besteht darin, diesen Strukturwandel angemessen zu fördern, zu bewältigen, während gleichzeitig bis weit in die neunziger Jahre hinein die hohe Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum und flankierende Maßnahmen bekämpft und die geburtenstarken Jahrgänge in das Erwerbsleben integriert werden müssen, deren Beschäftigungsprobleme durchaus noch einige Zeit anhalten, ja zwischenzeitlich zunehmen können. Gelingt dies nicht, droht eine noch höhere und strukturell noch mehr verhärtete Arbeitslosigkeit, die Aufspaltung des Arbeitsmarktes in abgeschottete Teilmärkte durch Desintegration der Jugendlichen, die Abdrängung von Leistungsschwachen, Ausländern und anderen in ein Randgruppendasein sowie ein Besitzstandsdenken mit sektoraler, beruflicher und regionaler Inflexibilität.

Aus all diesen Gründen erscheint eine verstärkte Erforschung struktureller Arbeitsmarktentwicklungen dringlich.

#### **Fazit für die Forschung**

*Im vierten Programmzeitraum wurden im IAB u. a.*

- die Beschäftigtenstatistik in tiefer sektoraler Gliederung unter besonderer Berücksichtigung der Dienstleistungssektoren ausgewertet; insbesondere wurde eine Kreuztabellierung der Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen und Berufen für verschiedene Jahre vorgenommen, um den unterschiedlichen Grad der Tertiarisierung in den einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. deren Entwicklung beobachten zu können;
- die Beschäftigungsentwicklung in den USA mit einem Schwerpunkt bei den Dienstleistungssektoren analysiert;
- der Strukturwandel in der Bundesrepublik nach Sektoren, Tätigkeiten und Qualifikationen für die IAB/Prognos-Projektionen auf Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Mikrozensus untersucht.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Weitere Untersuchungen zu Art und Tempo des inter- und intrasektoralen Strukturwandels und seiner Konsequenzen für die Arbeitskräfte insgesamt und für Personengruppen;
- weitere Untersuchung der Entwicklung, der Entwicklungspotentiale und Strukturen des privaten und öffentlichen Dienstleistungssektors, insbesondere des am stärksten expandierenden Wirtschaftsbereichs der „sonstigen Dienstleistungen“; Beobachtung der Unterschiede betrieblichen Verhaltens bei Ausgliederungen, Marktkauf und Eigenerstellung von Dienstleistungen. Dabei sind die Qualität und die Sozialverträglichkeit der Arbeitsplätze und die Lohnstrukturen zu beachten;
- Aufbereitung der Daten aus Erhebungen zur Wirkungsweise neuer Techniken und zum Qualifikationserwerb nach Branchen und nach ihren typischen Tätigkeiten bzw. Qualifikationsmustern ;
- Aufarbeitung der Forschungsergebnisse zu den Arbeitsmarktwirkungen des Umweltschutzes;

- Verstärkung der Branchenanalyse unter besonderer Berücksichtigung neuer Branchen mit dem Ziel, die wichtigsten arbeitsmarktrelevanten Entwicklungen in den einzelnen Branchen, die ohnehin in die globalen Bedarfsprojektionen eingehen, in standardisierter Form darzustellen, z. B. typische Berufe, neue Fertigungstechnologien und ihre Veränderungen.

Arbeitsmarkt-Strukturforschung ist schon seit langem als notwendige Querschnittsaufgabe der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erkannt worden. Die Ergebnisse der zehnjährigen Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute sind verstärkt für Fragen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik auszuwerten. Rahmen und Leitidee ist die AFG-Vorgabe einer ständigen Verbesserung der Beschäftigungsstruktur. Konzeptioneller Ausgangspunkt ist der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktstrukturen und -prozessen. Die Arbeitsmarkt-Strukturforschung bezieht die regionale Arbeitsmarktforschung ein, und sie wird disziplin-/bereichsübergreifend orientiert sein. Eine inhaltliche Konzeption für eine neue Forschungsstrategie im Rahmen der einschlägigen Herausforderungen und Forschungsfazits ist zu erarbeiten. Dabei wird auch zu prüfen sein, ob und wie die Gesamtheit der arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen auf Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung wirken.

(8)

#### **Aspekte und Entwicklungen von beruflicher Stabilität und Flexibilität gewinnen für Bildung und Beschäftigung immer mehr an Bedeutung.**

Die Forschungsergebnisse zu möglicher und vollzogener Mobilität und Substitution deuten auf zahlreiche individuelle, betriebliche und gesellschaftliche Anpassungsvorgänge hin. Besondere Beachtung verdienen dabei die Übergänge von der Schule in die berufliche Ausbildung (erste Schwelle) und vom Bildungswesen in Arbeit und Beruf (zweite Schwelle). Dabei sind mannigfaltige Mobilitätsformen wie Statusmobilität, Berufswechsel, Wohnortwechsel zu beobachten. Unklar ist bisher weitgehend, in welchem Maße sich in Mobilitätsvorgängen berufliche Wertschätzungen widerspiegeln. Lage und Entwicklung des Bildungs- und des Beschäftigungssystems, also auch die Betriebsmobilität, bestimmen Berufswahl und Berufswechsel entscheidend. Obendrein scheint das „Image“ von Berufen eine bedeutsame Rolle zu spielen.

Berufliche Mobilitätsvorgänge wie Substitutionsprozesse können positive und negative Folgen haben, zu denen auch individuelle und gesellschaftliche Kosten und Erträge gehören. Negativ sind sie dann, wenn der individuelle oder gesellschaftliche Aufwand größer ist als der entsprechende Ertrag, wobei auf der Passivseite vor allem auch psychische und soziale Verluste bei den Individuen zu berücksichtigen sind. Wichtig ist die Klärung der Frage, wo die Grenzen zwischen gesellschaftlich und individuell verträglicher bzw. erwünschter und unerwünschter Flexibilität liegen (persönlichkeitsorientierte Flexibilitätorschung). Für die Gesellschaft stellt sich die Frage: Wieviel Flexibilität muß zur Bewältigung ihrer Aufgaben insgesamt aufgebracht werden, und wie verteilt sie sich auf die einzelnen Flexibilitätsarten und Gesellschaftsgruppen? Für den einzelnen stellen

sich die Fragen so: In welchen Lebensbereichen soll oder muß man sich flexibel verhalten, damit in anderen Stabilität, Kontinuität, Zufriedenheit und Selbstentfaltung als wichtige Komponenten von Identität erhalten bleiben? Wie vorteilhaft oder nachteilig sind privat oder beruflich bedingte Mobilitätsvorgänge? So zeigt sich in IAB-Verlaufsuntersuchungen bei Hochschulabsolventen, daß beruflich vorteilhafte Mobilitätsvorgänge wie höheres Einkommen nach einem Wohnortwechsel oft durch private Nachteile wie den Verlust des Freundeskreises erkauft werden. Beruflich nachteilige Mobilitätsprozesse können aber durchaus kompensiert werden, wenn man einen beruflichen Abstieg in Kauf nimmt, um am Wohnort bleiben zu können.

Die Ambivalenz von Flexibilität und Stabilität ist auch für das betriebswirtschaftliche Rentabilitätskalkül bedeutsam, denn nicht jede Flexibilisierung ist effizienzfördernd, Stabilität und Produktivität können miteinander positiv verbunden sein. Daher gilt es, den Strukturwandel sowohl auf der Arbeitskraftseite als auch auf der Arbeitsplatzseite so zu beeinflussen, daß seine positiven Begleiterscheinungen zugunsten von wirtschaftlichem Wachstum und zur Sicherung von Arbeitsplätzen gefördert und seine negativen Wirkungen verhindert werden. Solche Flexibilitätsprozesse wirken dann sowohl produktiv als auch human.

#### **Fazit für die Forschung**

Die Untersuchungen zeigen bisher, daß Mobilität unmittelbar nach Abschluß einer betrieblichen Berufsausbildung oder Hochschulausbildung besonders häufig ist. Es konnten beträchtliche Flexibilitätsspielräume nachgewiesen werden. So sind z. B. gelernte Kraftfahrzeuginstandsetzer in 45 anderen Berufen als Facharbeiter beschäftigt; Hochschulabsolventen wechseln nach Abschluß des Studiums häufig den Hochschul- und/oder den Wohnort, um Arbeit zu bekommen. Aber auch dysfunktionale Mobilität ist relativ häufig: Knapp 20% der ausgebildeten Facharbeiter sind ein halbes Jahr nach Abschluß der Ausbildung als Hilfs- bzw. angelernte Arbeiter tätig; auf der anderen Seite erwerben Hochschulabsolventen Doppel-, Zusatz-, Aufbau- oder Ergänzungsqualifikationen, um beruflich unterzukommen und um mobiler zu sein.

Daneben wurden auch die Mobilitätsvorgänge im Laufe des gesamten Berufslebens und ihre Auslösefaktoren wie Weiterbildung, Arbeitslosigkeit, Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, Behinderung untersucht.

Bereits im vierten Programmzeitraum hat die Mobilitätsforschung die Beschäftigtenstatistik verstärkt für die Erforschung von Berufswechsel, Statusmobilität, Fluktuation und Wirtschaftszweigmobilität genutzt. Diese Datenquelle wird noch an Bedeutung gewinnen, sobald regelmäßige Längsschnittuntersuchungen zu den verschiedenen Mobilitätsformen durchgeführt werden können.

Vor dem Hintergrund der globalen Arbeitsmarktlage hat die Flexibilitätsforschung erkannt, daß Begriffe und Sachverhalte des Forschungsgegenstandes ambivalent sind: Bei Unterbeschäftigung ist der Dispositionsspielraum der Betriebe eher groß, der Entscheidungsspielraum des einzelnen klein, bei Vollbeschäftigung ist es eher umgekehrt, die Souveränitätselemente sind also groß. Diese Ambivalenz und denkbare Konflikte zwischen individuellen und gesellschaftlichen Maßstäben bei der Bewertung der Befunde betonen die Bedeutung der Flexibilitätsforschung, auch für die Berufswahlfrage.

Die bisherigen Untersuchungen sollen fortgeführt und vertieft werden. Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:

- Vergleichende Analysen von Mobilität und Strukturveränderungen aus den Daten verschiedener Erhebungen des IAB; dabei soll an Aspekte von Familienstand und Kinderzahl angeknüpft werden;
- Mobilität im Zusammenhang mit beruflicher Weiterbildung;
- Untersuchungen zu den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf den weiteren Berufsverlauf;
- vertiefte Analyse von Berufs- und Lebensabschnitten, in denen besonders häufig berufliche Wechselvorgänge auftreten, wobei die Familienphase zu berücksichtigen ist;
- Untersuchungen zu betriebsinterner Mobilität und betriebsinterner Personal Wirtschaft;
- Analysen und Re-Analysen (erneute Analysen vorliegender Daten aus früheren Untersuchungen unter neuer Fragestellung) zum „Facharbeiter“/zur „Facharbeiterin“ und zur Statusmobilität im Bereich der Arbeiter- und Angestelltenberufe;
- Untersuchungen über die Beziehungen zwischen der Strukturentwicklung des dualen Systems und dem Wandel des Beschäftigungssystems;
- Darstellung und Messung von Kontinuitäts-, Stabilitäts- und Zufriedenheitsaspekten als wichtigen Dimensionen der Mobilität und Identität;
- Starrheiten auf der Seite der Arbeitsplätze (Rigiditätsforschung), mit einem Schwerpunkt bei Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen und Absolventen des dualen Systems.

## (9)

**Durch den Übergang von geburtenstarken zu geburten-schwachen Jahrgängen ergeben sich neue quantitative wie qualitative Abstimmungsprobleme zwischen dem Bildungs- und dem Beschäftigungssystem.**

Die Qualifizierung und Beschäftigung der geburtenstarken Jahrgänge war eines der zentralen Probleme des vergangenen Programmzeitraums. Die demographische Entwicklung und ein verändertes Berufswahlverhalten führten zu einer hohen Ausbildungsnachfrage auf allen Ebenen, die - trotz erheblicher Anstrengungen der ausbildenden Wirtschaft wie auch des übrigen Bildungssystems - nicht vollständig befriedigt werden konnte. Gleichzeitig stieg auch die Arbeitslosigkeit im Anschluß an die Ausbildung erheblich an. Bisherige Untersuchungen zum Übergangverhalten Jugendlicher an der ersten und zweiten Schwelle haben gezeigt, welche Personengruppen - in regionaler und beruflicher Gliederung - besondere Schwierigkeiten beim Berufsstart hatten. Die Befunde haben deutlich gemacht, welche Folgeprobleme sich aus den vielfältigen Versuchen zur Behebung der Ausbildungskrise und des Arbeitsplatzmangels ergeben:

- Längerer Schulbesuch und die Maßnahmen zur Überbrückung von Arbeits- und Ausbildungslosigkeit bewirkten ein höheres Eintrittsalter und höhere schulische Abschluß-

qualifikationen der Berufsanwärter, ohne daß dadurch ihre beruflichen Einmündungschancen durchweg verbessert werden konnten.

- Die Folgen der „Ausbildung auf Vorrat“ in den vergangenen Jahren über den Eigenbedarf der Unternehmen hinaus - häufig verbunden mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten nach der Ausbildung - und die Wahl von „Ausweichberufen“ werden einen Teil der geburtenstarken Jahrgänge voraussichtlich noch im gesamten Berufsleben begleiten.
- Vor allem jene Jugendlichen, deren Nachfrage nach Ausbildung nicht befriedigt werden konnte und die gar keine oder nur eine Teilqualifizierung in den verschiedenen Maßnahmen der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik erhalten haben, bedürfen einer Nachqualifizierung. Ein besonderes Augenmerk wäre auf jene Jugendlichen zu richten, die bereits mehrere solcher Maßnahmen, zum Teil auch erfolglos, durchlaufen haben.
- Neben der quantitativen Ausweitung von Sonderausbildungsgängen unterhalb des Facharbeiterniveaus wurden ab der ersten Hälfte der achtziger Jahre mit steigender Tendenz auch Sonderausbildungsgänge oberhalb dieses Niveaus und außerhalb des Geltungsbereiches des Berufsbildungsgesetzes eingerichtet. Sie tragen der gestiegenen Nachfrage von Abiturienten nach einer Ausbildung in der Wirtschaft und dem steigenden Ausbildungsbedarf in den neuen Informations- und Kommunikationstechniken Rechnung. Allerdings fehlen ihnen vielfach anerkannte Regelungen, Zertifizierungen und Abschlüsse.
- Schließlich wurden für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen konnten - besonders bei schulischen Defiziten - eine Vielzahl außerbetrieblicher Ausbildungsmaßnahmen in anerkannten Ausbildungsberufen eingerichtet. Sie haben - häufig gekoppelt mit sozialpädagogischer Begleitung und Förderung durch Bundes- und Landesprogramme - einen neuen Ausbildungstyp geschaffen. Ihr Beitrag zur Qualifizierung dieser Jugendlichen ist wertvoll. Unsicher ist es, ob sich diese außerbetrieblichen Ausbildungsgänge auf dem Arbeitsmarkt bewähren, wenn anschließende Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen.

Während die Probleme der qualitativen Versorgung der geburtenstarken Jahrgänge noch in den neuen Programmzeitraum hineinreichen, kündigt sich bereits ein Themenwechsel an: Das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge ins ausbildungs- und erwerbsfähige Alter. Für die Zukunft ergeben sich daraus *neue Anforderungen* an Bildungs- und Beschäftigungssystem:

- Eine wichtige Aufgabe ist die Sicherung des Nachwuchses an Fachkräften, die im dualen System ausgebildet werden. Dies gilt insbesondere für die gewerblich-technischen Berufe, weil sich bei rückläufigen Schulabgängerzahlen die Konkurrenz zwischen vollzeitschulischen Ausbildungsgängen, weiterführenden Schulen und dem dualen Ausbildungssystem verstärken wird. Der enge Zusammenhang zwischen der schulischen Vorbildung und den Berufswünschen der Jugendlichen könnte dazu führen, daß Betriebe in Zukunft größere Schwierigkeiten haben werden, ihren Nachwuchsbedarf in den Berufen zu decken, auf die sich Hauptschüler bislang konzentrierten. Umgekehrt wird in den gehobenen Technik- und Dienstleistungsberufen weiterhin sogar mit einem Überangebot an Bewerbern zu rechnen sein. Will die ausbildende Wirtschaft ihren Facharbeiternachwuchs im gewerblich-technischen Bereich dauerhaft sichern, müssen Facharbeiterausbildung und -beschäftigung

tigung attraktiver werden, damit für diese Ausbildungsgänge auch Absolventen höherer Bildungsabschlüsse gewonnen werden können. Dabei sind der sektorale Strukturwandel und die künftige technische Entwicklung in ihren Auswirkungen auf den Fachkräftebedarf zu berücksichtigen, um künftigen Fehlqualifikationen vorzubeugen.

- Ein Teil jener Maßnahmen und Ausbildungsgänge, die zur Bewältigung von Ausbildungskrise und Jugendarbeitslosigkeit geschaffen wurden, wird bei künftig abnehmenden Schulabgängerzahlen zur Disposition stehen. Denn ein größerer Teil der Jugendlichen wird auf „normalen“ Wegen ins Ausbildungssystem zu integrieren sein. Da die Anforderungen in den Ausbildungsberufen ständig steigen, werden jedoch auch künftig Jugendliche mit schulischen Defiziten nicht ohne zusätzliche Vorbereitung, Stütz- und Fördermaßnahmen eine Berufsausbildung aufnehmen können. Einige dieser Maßnahmen müssen daher bestehen bleiben und im Hinblick auf diese Zielgruppe weiterentwickelt werden.
- Seit 1980 sind die geburtenstarken Schulentlassjahrgänge mit den Übergangsproblemen an der zweiten Schwelle, der von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit, konfrontiert. Die Zahl der Absolventen des dualen Systems und der mittleren schulischen Ausbildungsgänge wird voraussichtlich 1987 ihren Höhepunkt überschritten haben. Sie wird danach aber noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren und erst Anfang der neunziger Jahre deutlich zurückgehen. Daraus folgt ein erheblicher Zusatzbedarf an angemessenen und dauerhaften Arbeitsplätzen, zumal der Ersatzbedarf aufgrund des Generationswechsels nicht genügend Beschäftigungschancen bietet. Angesichts weiterhin hoher Arbeitslosigkeit erfordert dies wirksame Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigung. Nur so sind langfristig Ausbildungsinvestitionen zu sichern, ist einem denkbaren Fachkräftemangel vorzubeugen, sind individuelle Folgewirkungen von Arbeitslosigkeit und unterwertiger Beschäftigung zu mildern.
- Beachtung verdienen auch jene Jugendlichen, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung in das Erwerbsleben eintreten. Trotz der hohen Ausbildungsanstrengungen der vergangenen Jahre bleiben etwa 12% der Schulabgänger aus dem Sekundarbereich I und II ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Dies beunruhigt um so mehr, als sich der künftige Anteil der Arbeitsplätze für Ungelernte nach den IAB/Prognos-Projektionen weiter deutlich verringern wird und somit absehbar ist, daß diese Personengruppe auf der Suche nach geeigneten Beschäftigungsfeldern auch langfristig Problemen ausgesetzt sein wird.
- Auch im schulischen und tertiären Bildungsbereich sind Probleme zu erwarten: Während das Maximum an Abgängern mit Haupt- und Realschulabschluß schon hinter uns liegt, geht die Zahl der Studienberechtigten erst jetzt deutlich zurück, dann die der Studenten. Die bisher bestehenden quantitativen Engpässe im Hochschulbereich dürften dadurch langsam abgebaut werden. Die Zahl der Hochschulabsolventen wird jedoch – zeitlich versetzt – erst gegen Ende des Programmzeitraums ihren Höhepunkt erreichen.

Sollte sich die allgemeine Arbeitsmarktlage in den neunziger Jahren nicht entspannen, so ist auch für junge Hochschulabsolventen trotz der für das Jahr 2000 prognostizierten globalen Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage nach Hochschulabsolventen auf dem Weg dorthin

und in einigen Fachrichtungen auch anhaltend in größerem Umfang mit Arbeitsmarktproblemen wie Arbeitslosigkeit, instabiler Beschäftigung und Umschulung zu rechnen.

- Neben der vertieften Beobachtung und Analyse von Einzelentwicklungen ist es unerlässlich, ein Gesamtbild der vielfältigen, sich häufig ändernden Bewegungen und Übergänge im Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungssystem herauszuarbeiten (Bildungsgesamtrechnung, BGR). Derartige Bewegungsrechnungen sollen die langfristigen Qualifizierungs- und Berufseinmündungsprozesse gesamter Jahrgänge nachvollziehen und auch für eine Abschätzung der künftigen Entwicklung nutzbar sein. Sie gewinnen angesichts des Bruchs vieler „traditioneller“ Bildungs- und Erwerbsbiographien, des aus Partialstatistiken oft nicht mehr vollständig zu klärenden Verbleibs ganzer Absolventenjahrgänge und angesichts des Hineinwachsens geburtenstarker Jahrgänge in das Bildungs- und das Beschäftigungssystem an Bedeutung.

Eine Bildungsgesamtrechnung, die die langfristigen Änderungen der demographischen, verhaltensbedingten und institutionellen Komponenten transparent macht und alle wichtigen Stationen des Bildungs- und Erwerbsverlaufs einbezieht, stellt ein wertvolles Instrument für die Bildungs- und Arbeitsmarktforschung sowie für arbeitsmarkt- und bildungspolitische Entscheidungen dar.

#### **Fazit für die Forschung**

*Im vierten Programmzeitraum wurden u. a. zu folgenden Themen Untersuchungen vorgelegt:*

- Übergangsverhalten Jugendlicher an der ersten und zweiten Schwelle bei einem Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen;
- Struktur der nicht vermittelten Bewerber und deren Verhalten bei der weiteren Ausbildungsstellensuche;
- Studienberechtigte und betriebliche Berufsausbildung;
- Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere Arbeitslosigkeit nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung;
- Mobilitätsvorgänge an der zweiten Schwelle;
- Verbleib von Jugendlichen mit Berufsstartproblemen, Erfolg von Berufsvorbereitungsmaßnahmen;
- berufliche Integration von Fachhochschul- und Hochschulabsolventen;
- Grundlagenarbeiten und erste Ergebnisse einer Bildungsgesamtrechnung für den zurückliegenden Zeitraum bis 1960.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Verlaufsuntersuchungen zum Übergangsverhalten von Jugendlichen an der ersten Schwelle bei rückläufigen Schulabgängerzahlen und veränderter Bildungsstruktur. Dabei sind der Prozeßcharakter der beruflichen Entwicklung und der Bedarf – insbesondere der Berufsberatung – an aktuellen Informationen über das Berufswahlverhalten der geburtenstarken Jahrgänge zu berücksichtigen;
- Untersuchungen über das Verhalten von Ausbildungsplatzanbietern unter den sich wandelnden demographischen, qualifikatorischen und sektoralen Rahmenbedingungen;

- Untersuchungen zum Übergangsverhalten an der zweiten Schwelle, ergänzt um Analysen des Berufsverlaufs von betrieblich ausgebildeten Fachkräften in regelmäßigen Abständen. Ziel ist ein „Informationssystem zweite Schwelle“, das über die wichtigsten Aspekte des Berufseinstiegs nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung - auch in regionaler Gliederung - berichtet;
- Untersuchungen über die Rückwirkungen der Probleme an der zweiten Schwelle auf die erste Schwelle;
- Untersuchungen über die Ausbildungsabbrecher und der Möglichkeiten, auch für sie eine verwertbare Qualifikation zu erreichen;
- Untersuchungen über die Sozialisationswirkungen der betrieblichen Berufsausbildung. In dieser für den späteren Berufsverlauf so entscheidenden Entwicklungsphase geht es nicht nur um den Erwerb fachlicher Qualifikationen, sondern auch um den Erwerb bestimmter Verhaltensdispositionen, die die Kommunikation und Kooperation mit anderen sowie motivationale Aspekte betreffen (soziale Qualifikationen);
- Analysen zum Übergangsverhalten und Berufsverlauf von Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Selbst bei ausreichender Zahl von Ausbildungsplätzen dürfte es auch in Zukunft Jugendliche geben, die diesen mit erheblichen Arbeitsplatzrisiken verbundenen Einstieg ins Berufsleben wählen (müssen);
- Untersuchungen über die Bedeutung neuer Qualifizierungsformen - u. a. der neu geschaffenen außerbetrieblichen Ausbildungsgänge für Lernbehinderte oder schwächer begabte Jugendliche - sowie Analysen von Art, Umfang und Gewicht des Qualifikationserwerbs außerhalb formaler und zertifizierter Bildungsgänge. Dazu zählen Abiturientenausbildungsgänge, innerbetriebliche aufeinander aufbauende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Einarbeitung und Fortbildung am Arbeitsplatz;
- Evaluation von Maßnahmen zur Überwindung von Ausbildungskrise und Jugendarbeitslosigkeit im Hinblick auf die berufliche Integration der Betroffenen, Verbleibsstudien bei Teilnehmern an berufsvorbereitenden Maßnahmen. Hierbei müssen verstärkt Inhalte und Qualität der Maßnahmen berücksichtigt werden;
- Weiterführende Arbeiten zur Bildungsgesamtrechnung: Auf der Grundlage verlaufsstatistischer Analysen werden Übergangsströme und -Strukturen im Ausbildungssystem und zwischen Ausbildung und Beschäftigung nachgezeichnet. Hierbei sind insbesondere auch die Ursachen und Veränderungen des Übergangsverhaltens der geburtenstarken und -schwachen Jahrgänge zu analysieren sowie Angaben über den statistischen Verbleib einzelner Alterskohorten zu gewinnen. Damit wird ein Verlaufsmodell zur Verfügung gestellt, mit dem auch das Neuangebot an Arbeitskräften nach Ausbildungsebenen und Geschlecht prognostiziert werden kann;
- Untersuchungen über neue Einstiege in den regulären und alternativen Arbeitsmarkt für Absolventen mit weiterführenden Bildungsabschlüssen;
- Untersuchungen über Arbeitsmarktprobleme junger Hochschulabsolventen, auch nach Fachrichtungen: Hierbei soll insbesondere der statistisch ungeklärte Verbleib von Hochschulabsolventen in Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Hochschulen oder anderen Bereichen aufgeklärt werden, zumal es ein immer größerer Personenkreis zu sein scheint.

(10)

**Bei gestiegenem Problembewußtsein des einzelnen infolge anhaltend ungünstiger Arbeitsmarktlage wird eine differenzierte Information über Arbeit und Beruf wichtiger denn je.**

Wegen des anhaltenden globalen Ungleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt bleiben zunächst die Möglichkeiten bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzwahl bis in die neunziger Jahre hinein eingeschränkt. Auch Korrekturen und Revisionen einmal getroffener Entscheidungen werden erschwert bleiben. Da im Programmzeitraum geburten-schwache Jahrgänge in das ausbildungs- und erwerbsfähige Alter hineinwachsen, zeichnen sich in der weiteren Zukunft für den einzelnen wieder mehr Wahlmöglichkeiten bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche ab. In beiden Problemlagen kommt der vorausschauenden und umfassenden Information des einzelnen über Inhalte, Chancen und Risiken der Berufe sowie über die Konsequenzen der Berufswahl eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb wird die Berufs- und Qualifikationsforschung ihre empirischen Grundlagen weiter verbessern müssen, zumal die Jahre 1983-1987 durch empfindliche Engpässe bei Daten in tiefer beruflicher Untergliederung gekennzeichnet waren. Dies bestätigt die Notwendigkeit des Konzepts der differenzierten Information und seiner Umsetzung.

Inhaltlich wird die Berufs- und Qualifikationsforschung nach wie vor den Wandel der Berufsstruktur zu beobachten und zu beschreiben haben. Anknüpfend an die Entwicklungstendenzen der Arbeitslandschaft wird das Augenmerk dabei vor allem auf die Tätigkeiten und Berufe im Büro- und Dienstleistungsbereich zu richten sein. In den siebziger und achtziger Jahren expandierten die Berufe in diesen Bereichen noch so stark, daß sie die Beschäftigungseinbußen im primären und sekundären Sektor wettmachen konnten.

Mittlerweile hat ihre Absorptionsfähigkeit aber beträchtlich nachgelassen. Für die kommenden Jahre wird freilich nach vorliegenden Projektionen immer noch mit einer Ausweitung der Beschäftigung in tertiären Funktionen gerechnet. Diese Entwicklung vollzieht sich aber unter drastischen Veränderungen der Arbeitslandschaft in Büros und Labors und vor allem im Zusammenhang mit der verstärkten Anwendung der Kommunikations- und Informationstechniken. Es wird differenzierter als bisher beobachtet werden müssen, welche Berufe Gewinner bzw. Verlierer des Wandels sein werden.

Der zukünftige Wandel der Arbeitslandschaft wird weniger in der Umschichtung zwischen einzelnen Berufen bestehen als in einer berufsinternen Ausdifferenzierung. Im Büro- und Dienstleistungsbereich sind derartige Tendenzen mit dem bisherigen amtlich-statistischen Instrumentarium jedoch nur schwer abbildbar. Zahlreiche Veränderungen entziehen sich ihrer Beschreibbarkeit mit traditionellen Mitteln. Die Analyse des Wandels der Berufsstruktur verlangt daher eine Weiterentwicklung, Erweiterung und Ergänzung der berufsstatistischen Klassifikationen. Hierfür hat sich das vom IAB entwickelte Konzept der Tätigkeitsschwerpunkte bewährt. Seine noch bestehenden Lücken werden über weitere berufstheoretische und empirische Grundlagenarbeiten zu verringern sein.

Die Berufsforschung wird sich daneben auch weiterhin mit der Analyse von beruflichen Arbeitsbedingungen und gesundheitlich belastenden Anforderungen befassen. Ver-

schiedene Indizien deuten darauf hin, daß diese beruflichen Anforderungen in Teilbereichen der Arbeitswelt noch immer hoch sind und zum Teil sogar weiter steigen werden. Auch darüber müssen die Beratungsdienste der BA aufklären. Auch für den Arbeitsmarkt werden diese Arbeitsanforderungen weiterhin eine bedeutsame Rolle spielen. Das im Beschäftigungssystem angelegte Belastungsgefälle bringt nach wie vor attraktive und unattraktive Berufe hervor, die die Berufswahl sowie die Richtung von Mobilitätsprozessen maßgeblich prägen und den Arbeitsmarkt ausgleich partiell erschweren.

Die Versorgung der Fachdienste der BA und ihrer Selbstverwaltung mit wissenschaftlich abgesicherten Ergebnissen über den Arbeitsmarkt bleibt als ständige Herausforderung der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestehen. Die Berufsforschung wird nach wie vor die Beschäftigungsrisiken und -chancen nach einzelnen Ausbildungen und Berufen für Zwecke der beruflichen Beratung zu beschreiben haben. Die Suche nach den dafür am besten geeigneten Indikatoren – aus vorhandenen und noch zu erschließenden Datenquellen – ist fortzusetzen. Entsprechend dem Konzept der differenzierten Information zur Beurteilung von ausbildungs- und berufsspezifischen Beschäftigungsaussichten sollen die Aussagen auf die verschiedenen Entscheidungssituationen, Personenkreise und Fragestellungen zugeschnitten werden. Weil die beruflichen Kenntnisse an die neuen Technologien anzupassen sind und weil sich die berufliche Spezialisierung in die Weiterbildung verlagert, wird der Beratungsbedarf, auch in späteren Phasen des Erwerbslebens, steigen. Hierfür müssen, wie bereits jetzt an der ersten und zweiten Schwelle, entsprechende Informationen sowohl für die individuelle Risikoabwägung als auch für planerisches Handeln zur Verfügung gestellt werden. Deshalb ist die bisherige Konkretisierung des Konzepts der differenzierten Information im „ABC-Handbuch“ konzeptionell, inhaltlich, methodisch und medial in enger Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der BA weiterzuentwickeln. Gleichzeitig ist die Beratungspraxis zu beteiligen, um die Verbreitung und Anwendung dieses umfassenden Informationskonzepts in der beruflichen Beratung zu fördern.

#### > **Fazit für die Forschung**

*Im vierten Programmzeitraum wurden von der Berufs- und Qualifikationsforschung*

- das Instrument zur standardisierten Analyse von Facharbeiterberufen weiterentwickelt und das Konzept der Tätigkeitsschwerpunkte im Mikrozensus aktualisiert;
- eine Projektion des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen bis zum Jahre 2000 vorgelegt;
- die BIBB/IAB-Repräsentativbefragung von 1979 über Qualifikationserwerb, berufsstrukturelle Merkmale und Berufsverlauf zusammen mit dem BIBB bei rd. 26 500 deutschen Erwerbstätigen wiederholt;
- ein Beurteilungsraster zur Einrichtung neuer Studiengänge entwickelt;
- Analysen über Büroberufe, über die Verbreitung neuer Arbeitsmittel und über berufliche Arbeitsbedingungen und Belastungen vorgelegt;
- ausbildungs- und berufsbezogene Strukturdaten fortgeschrieben und ergänzt. Daneben wurde eine Berufedatenbank eingerichtet, die den Zugriff auf Daten zu Ausbildung

und Beruf sowie die Analysemöglichkeiten entscheidend verbesserte und die Zugriffszeiten verkürzte. Auf diese Weise konnten verschiedene Datenquellen (Großzählungen, Geschäftsstatistiken der BA, eigene Erhebungen des IAB) in ihren ausbildungs- und berufsrelevanten Teilen besser ausgewertet werden. Damit läßt sich auch die Beschäftigungssituation von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen besser als bisher beschreiben und für aktuelle Fragen rascher aufbereiten;

- eine Voruntersuchung bei Experten in Betrieben durchgeführt. Sie ergab, daß in methodisch einwandfreiem Vorgehen repräsentative Aussagen über Beschäftigungsaussichten in einzelnen Berufen gewonnen werden können.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Weiterentwicklung der Beschreibungselemente für Tätigkeiten, Arbeitsplätze und Anforderungen an die Qualifikation zu einem System von miteinander verknüpfbaren Merkmalen;
- Analysen der Entwicklungstendenzen beruflichen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der tertiären Berufs- und Arbeitsbereiche;
- Untersuchungen über Arbeitsbedingungen im Beruf unter Arbeitsmarktgesichtspunkten;
- bei unveränderter Zielsetzung des Konzeptes der differenzierten Information und unter Nutzung der neuen Ansätze zur Datengewinnung: Bereitstellung eines Informationssystems in der Nachfolge des „ABC-Handbuchs“;
- inhaltliche und methodische Weiterentwicklung des Konzeptes der differenzierten Information. Im Vordergrund steht dabei die Differenzierung der Aussagen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen und die problemorientierte Aufbereitung der Daten;
- konzeptionelle Verbesserung und Erweiterung der Datenbank zu Ausbildung und Beruf unter Einbeziehung aller wichtigen Datenquellen, einschließlich der Grundlagenarbeiten zur Verwertung derartiger Informationen in Stellungnahmen zu Berufsperspektiven für unterschiedliche Anliegen, die an die BA-Praxis herangetragen werden;
- Weiterentwicklung des Ansatzes einer „repräsentativen Expertenbefragung“ in Betrieben, auch unter Berücksichtigung von Aspekten des Qualifikationsbedarfs, und des Nutzungskonzepts für die Beratungspraxis der BA;
- Erweiterung des Informationsangebots um Daten über Arbeitsmarktbewegungen wie Einstellungen und Entlassungen, aggregiert nach Ausbildungsgruppen, Berufsgruppen, Branchen und Betriebsgrößenklassen.

#### (11)

#### **Die ambivalenten Beziehungen zwischen technischer Entwicklung und Arbeitsmarkt verlangen nach Klärung und Aufklärung.**

Die komplexen Zusammenhänge zwischen Technik und Beschäftigung sind bislang nicht in ihrer vollen Reichweite untersucht. Die direkten Technikwirkungen werden breit erforscht und zunehmend bekannt. Hierzu hat das IAB wiederholt durch Untersuchungen in Betrieben und durch

Erhebungen bei Arbeitnehmern und Arbeitslosen beigetragen. Die direkten Auswirkungen zeigen unabhängig von der Branchenzugehörigkeit der Arbeitnehmer und unabhängig davon, ob Führungskräfte, Betriebspersonal oder Betroffene befragt wurden, etwa gleiche Größenordnungen der Betroffenheit von Technik, sei es Arbeitsplatzverlust, innerbetriebliche Umsetzung oder Nachqualifizierung. Dagegen sind die weiteren indirekten, sekundären und tertiären Technikwirkungen empirisch noch wenig erhellt.

Allerdings befaßt sich eine lange Diskussion in Theorie und Praxis mit den positiven und negativen indirekten Wirkungen, die der Einsatz der Technik mit sich bringt, – früher im Rahmen der Debatten um die Maschinisierung, um Rationalisierung, Mechanisierung und Automatisierung, jetzt in der Folgendiskussion um die „neuen Technologien“ wie die Mikroelektronik, die Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Ergebnisse der empirischen und theoretischen Abschätzung von Arbeitsplatzbilanzen neuer und alter Technologien sind mittlerweile aufgearbeitet. Hierbei hat sich gezeigt, daß es die enge Vernetzung ökonomischer und technischer Entwicklungen außerordentlich erschwert, Beschäftigungseffekte der Technikanwendung zu isolieren und deren Beschäftigungswirksamkeit zu bewerten:

- In Wachstumsbereichen wird innovative Technik als Voraussetzung von Beschäftigungssicherung und -Zuwachs angesehen, und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ;
- In Schrumpfungsbereichen wird befürchtet, daß Technikeinsatz zur weiteren Rationalisierung von Arbeitsabläufen und zum Abbau von Arbeitsplätzen führt.

Innovation und Rationalisierung werden dabei oft mit denselben Technikelementen realisiert, so daß nicht Technik selbst, sondern ihre jeweilige Nutzung je nach Branchen- und Absatzlage über die Beschäftigungseffekte entscheidet.

Aus einer anderen Sicht wird dagegen die Einführung technisch neuer Maschinen und Anlagen eher als Hauptursache für Arbeitsplatzverluste angesehen und weniger als Anlaß für Beschäftigungssicherung und Wachstum. Anhand der vorliegenden Analysen läßt sich aber ein einseitig nur arbeitssparender Effekt des technischen Wandels nicht belegen, wenn man kompensierende Wirkungen gegenrechnet.

Die Diskrepanz zwischen individueller und gesamtwirtschaftlicher Einschätzung scheint bei der Frage nach den Beschäftigungswirkungen moderner Technik jedoch weiterhin zuzunehmen. Dies wird in der Betroffenheitsdiskussion besonders deutlich, in der aus individueller Sicht Bewertungsfragen der Technik diskutiert werden, ohne die globalen Entwicklungstendenzen angemessen zu berücksichtigen.

Die Technologiekritik behandelt gleichermaßen Aspekte der Gesellschaft, des Umweltschutzes und der Veränderung von Arbeitsplätzen: Technik sei für negative Entwicklungen mitverantwortlich, Arbeitsplätze würden gefährdet oder vernichtet, Handlungs- und Dispositionsspielräume eingeengt, Arbeitnehmer dequalifiziert und ihrer Arbeit entfremdet.

Als Gegenmittel werden genannt:

- die Technikentwicklung und Technikanwendung frühzeitig abzuschätzen und sozial verträglich zu gestalten, etwa in Form von Stabilisierung der Fachaufgaben und

einer Betonung der Komplementärfunktionen von Technik;

- menschengerechte Technologien durchzusetzen, z. B. durch Forschungsförderung;
- neue Technologien so zu entwickeln und einzuführen, daß sie akzeptiert werden;
- technische Innovationen mit sozialen Innovationen zu koppeln.

Die Forderung nach Technikfolgenabschätzung wird immer wieder erhoben. Die Wirkungen unterschiedlicher Technologien auf Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt sollen erkennbar sein, bevor neue Technologien eingeführt oder gefördert, traditionelle Techniken reduziert oder verändert werden.

Die Erfahrungen mit der Technikanwendung in der Industriegesellschaft sind geprägt von vielen verlorengegangenen und neu entstandenen Tätigkeitsfeldern. Auch mechanisierte und automatisierte Technik muß von Menschen erdacht, geplant und realisiert werden. Auch im automatischen Betrieb ist Steuern, Überwachen, Wartung und Reparatur durch menschliche Arbeitskraft erforderlich. Die Art menschlicher Arbeitsverrichtungen ändert sich und mit ihr ändern sich die Qualifikationen.

Die neuen Technologien und Organisationsformen werden die Arbeitsplätze in einer Reihe von Berufen und Wirtschaftszweigen erheblich verändern und damit auch die erforderlichen Qualifikationen.

Dabei geht es nicht allein um das Fachwissen; neue Anforderungen werden ebenso an Einstellungen und Verhaltensweisen des Personals gestellt. Die Schlagworte vom „Ende der Arbeitsteilung“ und vom „neuen Facharbeitertypus“ mögen die Richtung dieses Wandels andeuten. Die institutionellen Phasen der beruflichen Erstausbildung werden aber in Zukunft kaum ausreichen, Arbeitskräfte auf diesen Wandel vorzubereiten. Stärker als bisher wird die berufliche Fortbildung zunehmend notwendig sein – in besonderer Weise auch bei den benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes.

Die zunehmende Unabhängigkeit technischer Geräte und Anlagen von menschlichen Eingriffen, die sich bei vollständiger Mechanisierung und Automatisierung zeigt, z. B. bei Robotern, Produktions-, Verkaufs-, Dienstleistungs-, Büro-Automaten, verändert die Rolle des Menschen im Arbeitsprozeß. In der Kommunikation mit Computerhilfe rückt der Mensch immer mehr vom eigentlichen Arbeitsgegenstand oder Produkt ab.

Für Büro- und Verwaltungstätigkeiten sowie für alle anderen Dienstleistungen werden durch den Einsatz der Informationstechnik neue Hilfen geboten und neue Strukturen möglich. Deshalb bleibt es nötig, die Tendenzen der technischen Entwicklung mit ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung ständig zu verfolgen. Ein besonderes Gewicht erhalten in diesem Zusammenhang Entwicklungsbereiche der „künstlichen Intelligenz“, wie Expertensysteme. Sie werden auch in jenen Tätigkeitsbereichen gut einsetzbar sein, von denen bislang angenommen wird, daß sie nicht technisiert werden können.

Die Möglichkeiten zeitlicher und räumlicher Entkoppelung menschlicher Arbeitsleistung vom automatisierten Produktionsprozeß ergeben sich insbesondere durch neue Kommunikationstechniken. Sie erlauben auf lange Sicht technisch eine weitgehende betriebliche und regionale Dezen-

tralisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Eine Flexibilisierung und Entkoppelung der Betriebs- und Arbeitszeiten sowie die Trennung von Betriebsort und Arbeitsplatz sind bereits mit heutiger Technik möglich. Sie sind gleichzeitig für die Realisierung von organisatorischen Optionen unter betriebswirtschaftlichen Aspekten und unter Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen offen. Die arbeitsmarktpolitische Vertretbarkeit dieser Optionen ist zu analysieren.

Durch Telekommunikation wird der Mensch technisch in die Lage versetzt, sich daheim über Terminals an vielfältigen Dienstleistungen, Arbeitsformen und Dialogen zu beteiligen. Tendenziell könnten Dienstleistungen durch Selbstbedienung und Eigenarbeit ersetzt werden. Ein neues Arbeits-, Konsumenten- und Kaufverhalten kann entstehen. Bei breitem Einsatz neuer Technik entwickeln sich neue Arbeitsstrukturen, die neue soziale und psychische Probleme aufwerfen werden. Fachqualifikationen wie EDV- oder Informatikwissen, die bisher Berufsqualifikationen waren, werden Elemente allgemeiner Qualifikation.

#### Fazit für die Forschung

*Im vierten Programmzeitraum wurden im IAB u. a.*

- einzelne technische Entwicklungen in ihren Wirkungen auf Arbeitsmarkt, Sektoren und Tätigkeiten untersucht, z. B. die Informationstechnik hinsichtlich der sektoralen und berufsspezifischen Auswirkungen, der flexiblen Fertigungssysteme und der computergestützten Konstruktion;
- Beschäftigungsänderungen bei technischen Umstellungen in Zuliefer- und Abnehmerbereichen untersucht;
- die Entstehung neuer Betriebe analysiert;
- die Auswirkungen technischer Änderungen auf Arbeitslosigkeit, auf den Arbeitsplatz- und Tätigkeitswechsel von Arbeitnehmern, also die subjektive Betroffenheit durch technischen Wandel, erfaßt;
- Untersuchungen zur Mobilität und zu den Einsatzgebieten hochqualifizierter Arbeitskräfte durchgeführt;
- Einflüsse der Automations- und Steuerungstechniken, der Bearbeitungs- und Verfahrenstechniken und der Material- und Werkstofftechniken auf Tätigkeitsbereiche abgeschätzt, wie die IAB/Prognos-Untersuchung ausweist;
- technische Innovationen analysiert und geprüft, ob und in welcher Weise Arbeitsplätze, Berufe, Tätigkeiten oder Branchen entstehen können, z. B. durch Telearbeit;
- die Untersuchung der Möglichkeiten und Grenzen der Prognose von Technikentwicklungen durchgeführt;
- die Untersuchung der Planung des Personalbedarfs in Betrieben fortgesetzt.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Untersuchung der Entkoppelungs- und Dezentralisierungstendenzen in Produktion und Verwaltung im Hinblick auf eine räumliche und zeitliche Entzerrung von Arbeitsplätzen, soweit sie nicht ausschließlich die Telearbeit und die regionale Verteilung von Informationsberufen betreffen;
- Untersuchung von Produkt- und Prozeßinnovationen und ihres Verhältnisses zueinander;

- Untersuchungen zur gegenseitigen Abhängigkeit von wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen;

- weitere Analyse der Effekte technischen Wandels auf den Arbeitsmarkt, auf Branchen, Betriebe oder Unternehmen, auf Berufe, Tätigkeiten und Ausbildungen oder ausgewählte Personengruppen. Hier eröffnen die Auswertung der Beschäftigtenstatistik nach besonderen Merkmalen und der Aufbau einer Betriebsstichprobe (Betriebsstichprobe) weitere Möglichkeiten der Analyse;

- Fortsetzung der Analyse technischer Änderungen und bestimmter Technologien in Schlüsselbereichen der Volkswirtschaft;

- weitere Untersuchungen zur Technisierung tertiärer Sektoren und Berufe, insbesondere bei den „sonstigen Dienstleistungen“;

- Entstehungsanalyse „neuer Berufe“. Neben den DV-Berufen sind weitere Berufe auf neuen Gebieten wie der Biotechnologie oder der künstlichen Intelligenz zu untersuchen. Ferner interessieren die Konsequenzen neuer technischer Gebiete für Ausbildung und Beruf;

- Untersuchung von indirekten und langfristigen Folgen von Innovationen und technischen Umstellungen für die Beschäftigung, z. B. durch die Untersuchung von Lieferverflechtungen;

- Untersuchung von Gewinnern und Verlierern bei Rationalisierungen und technischen Umstellungen;

- Untersuchungen über die Verbreitung „neuer Arbeitsmittel“, Qualifikationen und Arbeitsbedingungen.

Das Forschungsfeld ist vielfältig und empirisch schwierig zu erforschen. Befriedigende Ergebnisse sind weiterhin zu erwarten, wenn ein Forschungsverbund – wie er sich im IAB bewährt hat – zwischen Technik- und Arbeitsmarktforschung inklusive Humanisierung des Arbeitslebens bestehen bleibt. Ergänzend dazu wird die Verbindung von Technik und Betriebswirtschaft durch die Gewinnung zusätzlichen betriebswirtschaftlichen Sachverstands zu fördern sein, um der Offenheit technischen Wandels für personalorganisatorische Optionen Rechnung zu tragen.

#### (12)

**Im Zuge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung sowie als Folge technisch-organisatorischen Wandels verändern sich die betrieblichen Anforderungen an die Arbeitszeit wie auch die Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer, so daß zwischen den Beteiligten konsensfähige Arbeitszeitmuster gefragt sind.**

Arbeitszeitpolitik im weitesten Sinne steht vor einer dreifachen *Problemlage*:

- Die Arbeitszeitpräferenzen der Arbeitnehmer sind weiterhin in Bewegung. Verbreitet wird eine kürzere – hie und da auch eine längere – Arbeitszeit gesucht, als derzeit im Beschäftigungssystem angeboten wird. Dies gilt gleichermaßen für Tages-, Wochen-, Jahres- wie für die Lebensarbeitszeit. Zugleich wächst der Wunsch, Lage und Gestaltung von Arbeitszeit mehr als bisher den individuellen Bedürfnissen anpassen und beweglicher gestalten zu können. Vielfältige Gründe stehen dahinter: Erweitertes Frei-

zeitbewußtsein, veränderte Rollenverteilung in der Familie, gesteigener Lebensstandard, zunehmender Wunsch nach mehr Selbstbestimmung.

- Betriebe streben mehr und mehr danach, die Betriebszeit zu erhalten oder zu verlängern, um so die Nutzung der Anlagen und damit die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu erhalten oder zu steigern. Eine Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten und damit die Mehrfachbesetzung von Arbeitsplätzen im Zeitablauf ist – aus betrieblicher Sicht – eine zentrale Lösungsmöglichkeit. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit soll zugleich der Reduzierung von Leerzeiten und der Anpassung an saisonale und konjunkturelle Schwankungen des Produktionsablaufs dienen und so zur Steigerung der Produktivität sowie zum Abbau der Überstunden beitragen. Die erhöhte Auslastung der Betriebsanlagen senkt rechnerisch deren Durchschnittsalter und beschleunigt so die Nutzung technischen Fortschritts. Zudem ergibt sich in verschiedenen Wirtschaftszweigen aus technologischen Gründen bisher der Zwang zu einer kontinuierlichen Produktionsweise. Die Differenzierung der Arbeitszeit zwischen unterschiedlich ausgebildeten Personengruppen soll relative Knappheiten an Qualifikation überwinden helfen.
- Schließlich bleibt es bei anhaltendem Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt geboten, das im Vergleich zum Erwerbspersonenpotential zu geringe gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen in den Betrieben und Verwaltungen auf mehr Personen zu verteilen. Zu fragen ist auch, wie die Ausweitung des Arbeitsvolumens durch flexible Arbeitszeitmuster gefördert werden kann.

Weitgreifenden Umwälzungen im Arbeitszeit- und Betriebszeitgefüge können aber auch *Interessen* entgegenstehen:

- Arbeitszeitflexibilisierungen können mehr betriebliche, ja individuelle Regelungen bringen, so daß bei ausgeprägtem Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt die bislang von Rechtsnormen und Tarifverträgen ausgehende Schutzfunktion in Gefahr geraten kann.
- Die Regelkompetenz der Tarifpartner könnte verändert werden, je mehr sich einzelbetriebliche Muster von Arbeitszeit und Betriebszeit ausbreiten können.
- Eine Arbeitszeitflexibilisierung, die auch eine Aufweichung traditioneller Frei-Zeiträume (Sonntage, Feiertage, Wochenenden/Samstage) einschließen würde, kann in Widerstreit zu familiären und auch anderen Interessen geraten.

Dies alles wirft zahlreiche Fragen zur Implementation grundlegend anderer Arbeitszeit- und Betriebszeitregelungen auf. Ihre konsensfähige Ausbreitung erscheint um so schwieriger, als die auf längere Sicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung es nahelegt, das Erfordernis der Reversibilität solcher Entwicklungen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Das hier skizzierte Problembündel war freilich schon in den vergangenen Jahren zumindest in Ansätzen aktuell. Es findet sich bereits im Vierten Schwerpunktprogramm, wo das globale Arbeitsmarktungleichgewicht, die veränderten Verhaltensweisen am Arbeitsmarkt, die Folgen der Beschäftigungskrise und die Notwendigkeiten einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik beschrieben sind. Damals wurde jedoch darauf verzichtet, hierzu eine eigenständige Herausforderung zu formulieren. Vor allem mit dem tarifpolitischen Durchbruch von 1984 hat dieses

Problemfeld an Bedeutung gewonnen und wird dies auch weiterhin tun.

#### > Fazit für die Forschung

*Die Arbeitszeit- und Betriebszeitforschung hat schon im vierten Programmzeitraum zahlreiche Probleme aufgegriffen und Grundlagen für weitere Forschungsbemühungen geschaffen:*

- die Arbeitsvolumenrechnung wurde sektoral weiter differenziert fortgeschrieben;
- die Einzelkomponenten tarifliche Jahresarbeitszeit, Überstunden und Teilzeitarbeit wurden vertieft analysiert;
- die Entlastungsrechnungen zur Arbeitszeitentwicklung wurden unter Berücksichtigung alternativer Konstellationen und Strukturen anhand neuer empirischer Daten weitergeführt;
- die sehr komplexe Problematik von Arbeitsplatzpotentialen wurde erstmals durch repräsentative Betriebsbefragungen im Produzierenden Gewerbe und im Handel aufgegriffen, wobei besonders die Mehrfachbesetzung von Arbeitsplätzen interessierte;
- die Betriebs-Kasuistik zur Arbeitszeitflexibilisierung wurde fortgeschrieben und auf eine breitere Grundlage gestellt;
- Überstunden und Saisonarbeit wurden sowohl aus der Sicht der Betriebe als auch aus der von Betroffenen untersucht;
- Arbeitszeitpräferenzen der Arbeitnehmer wurden erneut erfragt;
- Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung, zur Struktur und zu den Bestimmungsgrößen der Lebensarbeitszeit wurden weitergeführt;
- Voraussetzungen, Inanspruchnahme, Struktur, Kosten und Arbeitsmarktwirkungen unterschiedlicher Systeme des vorgezogenen Ruhestands wurden gründlich erforscht.

*Die aktuelle Forschung wird an die damit aufgeworfenen Fragen immer wieder anknüpfen können. Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung von Arbeitszeiten und Arbeitszeitpräferenzen der Arbeitnehmer nach Dauer und Lage der Arbeitszeit unter alternativen Rahmenbedingungen;
- Untersuchung der Vor- und Nachteile flexibler Arbeitszeitmuster für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch im familiären Zusammenhang;
- Analyse von Strukturen und Entwicklungstendenzen sowie der betrieblichen Vor- und Nachteile, Voraussetzungen und Auswirkungen kürzerer Arbeitszeit bzw. flexibler Betriebsorganisation, insbesondere im Hinblick auf Betriebsgrößen, Branchen, Wachstumsbedingungen, Produktionskapazität, Rationalisierung, Lohnstückkosten, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Personalengpässe, Aus- und Weiterbildungsbedarf und -kosten sowie auf Überstunden und betriebliches Arbeitsvolumen;
- Analyse der Angebotseffekte und der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktwirkungen verkürzter bzw. flexibler Arbeitszeit nach Dauer und Lage, auch unter dem Aspekt der Reversibilität;

- Fortsetzung der Analyse der Zusammenhänge zwischen der Arbeitszeitentwicklung zum einen und Wirtschaftswachstum, Produktivität, Einkommen und Kosten zum anderen, auch im internationalen Vergleich;
- Ergänzung der Arbeitsvolumenrechnung um Aspekte und Auswirkungen neuer, flexibler Arbeitszeitmuster;
- vertiefende Analysen der Arbeitszeit- und Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftszweigen;
- Analyse der Dauer, Struktur und Entwicklung von Betriebszeiten;
- Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen Betriebszeitrechnung bei unterschiedlicher zeitlicher Nutzung von Arbeitsplätzen (potentiell und effektiv);
- Untersuchungen von speziellen Betriebs- und Arbeitszeitmustern wie Schichtarbeit, Teilzeit-, Wochenendarbeit, job-sharing, sabbatical, Jahresarbeitszeitverträgen, geringfügiger Beschäftigung, die sich neben dem Normalarbeitsverhältnis entwickeln; Strukturen und Präferenzen bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, Einkommenseffekte und weitere Auswirkungen;
- Analyse der Entwicklung der Lebensarbeitszeit und ihrer Komponenten Erwerbslebensjahre, Jahresarbeitszeit nach Geschlecht und Qualifikationen für ausgewählte Jahrgänge;
- Vorschläge zu einer konzeptionellen Neuordnung der Arbeitszeitstatistiken unter besonderer Berücksichtigung flexibler Arbeitszeitformen;
- Auswirkungen neuer Arbeitszeitmuster auf das System der sozialen Sicherung.

### (13)

#### **Arbeitsmarktungleichgewichte und der Strukturwandel betreffen einzelne Personengruppen besonders stark.**

Die Arbeitsmarktpolitik wird sich weiterhin um die von Arbeitsmarktungleichheiten, Strukturwandel und Arbeitsmarktsegmentation betroffenen Zielgruppen bemühen müssen, um einer Strukturalisierung der Arbeits- und Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken und die Struktur der Beschäftigung zu verbessern.

Dies wurde bereits im Vierten Schwerpunktprogramm nachdrücklich herausgestellt. Die Benachteiligung einzelner Personengruppen und ihre Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt erfordern große Aufmerksamkeit. Ebenso behalten die Forderungen nach Fortbildung und Umschulung und nach Vermeidung unterwertiger Beschäftigung der auf Vorrat ausgebildeten geburtenstarken Jahrgänge ihre Dringlichkeit.

Die berufliche Eingliederung bzw. Wiedereingliederung der einzelnen Zielgruppen, bei denen oft mehrere integrationshemmende Merkmale zusammentreffen, bedarf jedoch teilweise anderer Strategien als in der Vergangenheit. In den achtziger Jahren hat sich die Ausgrenzung von Beschäftigten, mitunter bereits beim Übergang in die Beschäftigung, verschärft und die Segmentation des Arbeitsmarktes verfestigt. Die Erscheinungsformen dieser Entwicklungen reichen von Langfrist- oder Mehrfach-Arbeitslosigkeit, Abdrängung in die Stille Reserve, Einkommens- und Statusverlusten, marginalen und instabilen

Beschäftigungsverhältnissen bis hin zu sozialer Ausgrenzung und materieller Not. Langfrist-Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne ist eine der zentralen Herausforderungen der künftigen Arbeitsmarktpolitik.

Betroffen sind mit unterschiedlichem Gewicht: Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte, gering Qualifizierte, Ausländer, Jugendliche, ganz allgemein die Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik. Die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Bemühungen richteten sich auch gegen weitere Strukturalisierung und Segmentation. Doch sogar in der Phase konjunktureller Erholung zeigten sich wieder einmal die Grenzen der Wiedereingliederung und der Chancen, die Strukturalisierung umzukehren.

Zum einen erschweren strukturelle Diskrepanzen zwischen den neuen Anforderungen an den Arbeitsplätzen und den Qualifikationen der betroffenen Gruppen die berufliche (Re-)Integration. Strukturwandel, technologischer Wandel und Anhebung der Qualifikationsanforderungen erfordern mehr und mehr Anpassungsleistungen – sowohl im Generationswechsel als auch während des Berufslebens. Dabei gewinnen neben den fachlichen auch die sozialen Qualifikationen an Bedeutung. Die Bedingungen kennenzulernen, unter denen sie auch Erwachsenen erfolgreich vermittelt werden, wird immer wichtiger, insbesondere unter dem Aspekt, welche Teile auch in Bildungsmaßnahmen integriert werden können.

Zum anderen erweisen sich psycho-soziale und gesundheitliche Auswirkungen, die mit der individuellen Erfahrung von Langfrist- und Mehrfach-Arbeitslosigkeit einhergehen, selbst als wesentliches Eingliederungshemmnis.

Neben gezielt eingesetzten arbeitsplatzschaffenden Instrumenten rücken damit qualifizierte, sozialpädagogische und psychologische Betreuungsaufgaben in den Vordergrund, um den langfristigen individuellen und gesellschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Notwendig sind deshalb Untersuchungen darüber, in welchem Ausmaß der Strukturwandel Arbeitsinhalte und Berufe verändert, welche Personengruppen hiervon am stärksten betroffen werden und welche Maßnahmen – möglichst auch vorbeugend – ergriffen werden können.

#### **Fazit für die Forschung**

*Im vierten Programmzeitraum hat das IAB hierzu zahlreiche Untersuchungen vorgelegt:*

- Erhebungen über die finanziellen, psycho-sozialen und gesundheitlichen Folgen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen und ihre Familien;
- Untersuchung zur Struktur der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger;
- Analysen von Entwicklung und Ursachen der Erwerbs- und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, Älteren und Personen mit beeinträchtigtem Arbeitsvermögen;
- Untersuchungen zur Integration von Ausländern der zweiten und dritten Generation und von Übersiedlern aus der DDR;
- Analysen zur Struktur und Arbeitsmarktsituation von nicht formal Qualifizierten.

*Im fünften Programmzeitraum sind diese Arbeiten fortzuführen und zu erweitern; Schwerpunkte der Forschung könnten sein:*

- Bestandsaufnahmen, Analysen und Vorschläge zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Programmen für Frauen und bestimmte Zielgruppen am Arbeitsmarkt, z. B. Jugendliche, Ungelernte, Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte;

- Untersuchungen über die Strukturalisierung von Arbeitslosigkeit, vor allem über Langzeitarbeitslosigkeit und wiederholte Arbeitslosigkeit, die Struktur der Stillen Reserve und die Abdrängung vom Arbeitsmarkt und über Alternativrollen zur Erwerbstätigkeit; Erforschung der „Arbeitsmarktnähe“ von Teilgruppen der Stillen Reserve, der Aspekte der Reversibilität von Abdrängungsprozessen, Analyse der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die betroffenen Personengruppen;

- regelmäßige Analysen zu Fragen der Ausbildung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen; Fragen des Übergangs an der zweiten Schwelle und zur Stillen Reserve bei Jugendlichen;

- Analysen zur Erwerbssituation älterer Arbeitnehmer;

- Erstellung periodischer Berichte über ältere Arbeitslose und ihre Wiedereingliederung ins Erwerbsleben;

- Beschreibung der Arbeitsmarktrisiken von Arbeitslosen, deren Vermittlungschancen mehrfach beeinträchtigt sind, insbesondere von Langzeitarbeitslosen und wiederholt Arbeitslosen;

- Untersuchung über nicht formal Qualifizierte am Arbeitsmarkt, u. a. über die ihnen offenstehenden Arbeitsplätze;

- Wirkungsanalysen von Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation und Beschreibung von Personen mit beeinträchtigtem Arbeitsvermögen. Dabei wird auch abzuschätzen sein, welche zukünftigen Tätigkeitsfelder für Schwerbehinderte – vor allem geistig und psychisch Behinderte – bestehen, auch unter Berücksichtigung ausländischer Erfahrungen und regionaler Unterschiede;

- Erforschung der beruflichen und sozialen Integration von Ausländern, insbesondere der zweiten und dritten Generation;

- Erforschung der beruflichen und sozialen Integration von Aus- und Übersiedlern;

- Untersuchungen zur Teilzeitbeschäftigung und zu den damit verbundenen Problemen, aber auch als Instrument zur Verbesserung der Eingliederungschancen. Ferner sind die positiven und negativen Auswirkungen von Flexibilisierungsstrategien, gelegentlicher und nicht Sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Abweichungen vom „Normalarbeitszeitverhältnis“, Zeitarbeit, Leiharbeit sowie von marginaler Beschäftigung zu prüfen;

- Untersuchungen von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung verbunden mit der Frage, ob und inwieweit den Zielgruppen auch soziale Qualifikationen vermittelt werden können;

- Erforschung der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Familienangehörigen;

- Untersuchung der finanziellen Belastungen der Kommunen durch Sozialhilfeleistungen;

- Analyse der arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Menschen, die keine BA-Leistungen erhalten.

(14)

### **Trotz Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit stoßen die Wünsche von immer mehr Frauen nach einer Berufstätigkeit weiterhin auf eingeschränkte Erwerbschancen.**

Die Rolle der Frauen im Erwerbsleben ist in den letzten Jahren immer mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit gelangt. Der Anteil des weiblichen Erwerbspersonenpotentials an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren stieg seit 1984 stärker als in den vorangegangenen 20 Jahren. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen dürfte 1988 40% erreichen. Der trotz ungünstiger Arbeitsmarktlage anhaltende Trend zu steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie im Vergleich zu den Männern größere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben und ihre beruflichen Möglichkeiten weiterhin begrenzt sind. Die Situation von Frauen im Erwerbsleben zeigt sich u. a. an folgenden Befunden: die fortbestehende Konzentration auf wenige „frauentypische“ Berufe; die Benachteiligung von Frauen beim beruflichen Aufstieg, insbesondere im Falle von Teilzeitarbeit; höhere Arbeitslosenquoten und die sich nur zögerlich auflösenden Verkrustungen der Berufswelt bei gegebenen gesellschaftlichen Verhaltensmustern, insbesondere geschlechtsspezifische Rollenverteilung in Haushalt, Familie und Beruf.

Während infolge der insgesamt längeren Ausbildungszeiten und früheren Übergänge in den Ruhestand die Erwerbsbeteiligung in den letzten Jahren bei Männern kontinuierlich zurückging, setzte sich, insbesondere bei verheirateten Frauen aufgrund sich verändernder Verhaltensweisen, der Trend zu vermehrter Berufstätigkeit fort. Jüngere, höher qualifizierte Frauen unterbrechen ihre Berufstätigkeit seltener, die Unterbrechung setzt häufig später ein und ist von kürzerer Dauer. Das „Drei-Phasen-Modell“ verliert bei ihnen an Gewicht. Mehr Frauen kehren nach dem familienbedingten Ausscheiden in den Beruf zurück. Für sie behält das Drei-Phasen-Modell seine Bedeutung. Auch im kommenden Programmzeitraum wird es aufgrund der Altersstruktur mehr Berufsanfängerinnen geben als Frauen, die ihr Berufsleben beenden. Zudem läßt die Entwicklung in anderen westlichen Industrieländern eine weiter steigende Erwerbsneigung der Frauen möglich erscheinen.

Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen trägt u. a. auch zu ihren vergleichsweise größeren Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt bei. Das spiegelt sich z. B. in einer höheren Arbeitslosenquote als bei Männern wider, die vor allem auf eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Als Folge davon gibt ein Teil der Frauen nach vergeblichen Bemühungen die Arbeitsuche auf (Übergang in die Stille Reserve), würde aber bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage wieder erwerbstätig werden.

Im Hinblick auf die beruflichen Möglichkeiten zeigt sich, daß trotz Angleichung der Bildungschancen weiterhin eine stark unterschiedliche Verteilung von Männern und Frauen auf die Berufe besteht. So sind vier von zehn erwerbstätigen Frauen als Bürofachkraft/Bürohilfskraft oder als Warenauffrau tätig. Die Konzentration auf die am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe hat sich ebenfalls nur geringfügig verändert. Frauen sind – bei zunehmender Bedeutung technischer Arbeitsmittel – in technischen Ausbildungsfachrichtungen weiter unterrepräsentiert. Obwohl sich in den letzten Jahren eine langsame Annäherung der Bruttostundenverdienste abzeichnet, verdienen vollzeitbe-

schäftigte Frauen – selbst bei gleicher Berufsausbildung, Tätigkeit und Arbeitszeit – immer noch weitaus weniger als Männer.

Um im wachstumsnotwendigen Strukturwandel angesichts der demographischen Entwicklung eine im internationalen Vergleich hohe Arbeitsproduktivität sicherzustellen, wird es erforderlich sein, Frauen verstärkt Qualifikations- und Erwerbschancen zu bieten.

Auch die Angleichung der Bildungschancen hat an der traditionellen Arbeitsteilung in Haushalt und Beruf wenig geändert. Berufstätige Frauen passen ihre Erwartungen an die Realität an und schätzen ihre beruflichen Chancen geringer ein als Männer. Ihre größere familiäre Belastung erschwert Frauen die Teilnahme an Weiterbildung bzw. Fördermaßnahmen, schränkt ihre Mobilität ein und läßt häufig nur Teilzeitarbeit zu. Teilzeitarbeitsplätze werden gegenwärtig jedoch noch vorwiegend im unteren Qualifikationsbereich angeboten, so daß der Übergang dorthin häufig mit beruflichem Abstieg verbunden ist. Durch familienbedingte Unterbrechungen und diskontinuierliche Berufsverläufe wird beruflicher Aufstieg zusätzlich behindert.

Auch in Zukunft werden gesellschaftliche Rollenvorstellungen und Verhaltensmuster für die beruflichen Möglichkeiten von Frauen entscheidend sein. Dazu gehören einerseits bestimmte Vorstellungen über die berufliche Leistungsfähigkeit der Frauen. Auf der anderen Seite ist damit zu rechnen, daß insbesondere Frauen mit Kindern in ihrem beruflichen Engagement eingeengt bleiben. Ob im Strukturwandel zu den Dienstleistungen ihre beruflichen Chancen wirklich besser werden, bleibt zu klären.

#### Fazit für die Forschung

*Bereits im vierten Programmzeitraum wurden die Arbeitsmarktprobleme von Frauen herausgearbeitet. Hierzu zählen insbesondere folgende Forschungsschwerpunkte:*

- Besonderheiten bei der Ausbildungs- und Berufswahl weiblicher Jugendlicher;
- Berechnungen zum Erwerbspotential;
- Belastungen bei Arbeitslosigkeit;
- Erwerbsbeteiligung im internationalen Vergleich;
- Chancen und Risiken von Mädchen mit einer betrieblichen Ausbildung in einem gewerblich-technischen Beruf;
- Erwerbswünsche und Erwerbsverhalten von Frauen.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- Arbeitsmarktsituation, Beschäftigungschancen und Arbeitsbedingungen von Frauen (regelmäßige Beobachtung anhand von Strukturdaten), insbesondere auch von Mädchen ohne Berufsausbildung;
- Erwerbsbeteiligung und Berufsverlauf von Frauen: Determinanten, Einstellung zur Berufstätigkeit und Aufstiegs motivation sowie beruflicher Auf- bzw. Abstieg;
- Teilzeitarbeit für Männer und Frauen und ihre Rolle im Berufsverlauf;
- Bestimmungsgründe für die Unterbrechung der Berufstätigkeit, Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung und die berufliche Situation bei Wiederaufnahme einer Berufstätigkeit;

- Phasenerwerbstätigkeit von Frauen und Veränderung von Zu- und Abgangsströmen im Zeitablauf anhand der Arbeitskräftegesamtrechnung (AGR);

- Übergang von Frauen aus dem Bildungs- in das Beschäftigungssystem anhand der Bildungsgesamtrechnung (BGR);

- Arbeitsmarktbedingte Entmutigungseffekte und die Abdrängung von Frauen in die Stille Reserve, sowie Arbeitslosigkeit von Frauen, ihre Gründe, geschlechtsspezifische Besonderheiten und Auswirkungen;

- Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt;

- Arbeitsmarktchancen und -bedingungen von Frauen in typischen „Männer-, Frauen- bzw. Mischberufen“ und Auswirkungen von Strukturverschiebungen zu den Dienstleistungen einschließlich beruflicher Substitutionsmöglichkeiten von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Realisierung; Chancen und Risiken einer Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen angesichts des Strukturwandels zu Dienstleistungen;

- Teilnahme von Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, institutionelle und rechtliche Regelungen und ihre Auswirkungen auf die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen, auf das Erwerbspotential und die Herstellung von Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

#### (15)

#### **Bei der Informationsbeschaffung muß die Forschung bewährte Verfahren weiterentwickeln, aber auch neue Methoden erproben.**

Die Weiterentwicklung und Anwendung von Methoden der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung wird auch im fünften Programmzeitraum Daueraufgabe bleiben. Dies gilt auch für theoretische und statistische Grundlagenarbeiten. Für viele nicht sichtbar, bindet sie erhebliche Kapazitäten und schafft so die Voraussetzungen für Forschungsfortschritte, gerade in einem empirisch ausgerichteten Institut.

In der *Arbeitsmarktprognostik* muß weiterhin versucht werden, die Grenzen einfacher Fortschreibungen auf mehreren Wegen zu überwinden, und zwar durch

- Verwendung verfeinerter Prognosemodelle;
- systemanalytische und ökonometrische Funktionen und Modelle des Arbeitsmarktes, z. B. mit Simulationsrechnungen;
- „weiche“ Modellbildung;
- die Gewinnung von Frühindikatoren auf der Mikro- und Makroebene zur Verbesserung von Arbeitsmarktprognosen;
- Fallstudien, Expertenbefragungen und Folgenabschätzung;
- Weiterentwicklung von Arbeitsmarktszenarien und Visionen über die üblichen Projektionshorizonte hinaus.

Dieses Spektrum ist im vierten Schwerpunktprogramm bereits ausführlich beschrieben worden und weiterhin gültig.

In der *Arbeitsmarktstatistik* werden zwar zur Beantwortung neuer Fragen auch zusätzliche Informationen benötigt. Bei

der Geschäftsstatistik der BA erzwingt aber die Arbeitsbelastung, bei den Großzählungen das Finanzierungs-, Akzeptanz- und Datenschutzproblem den Verzicht auf Information. Ferner besteht für grundlegende Statistiken ein Fortschreibungsproblem: So wird z. B. in den Statistiken über Wohnbevölkerung und über Erwerbspersonen ein nicht unerheblicher Fortschreibungsfehler vermutet. Seine Aufklärung und eine neue Justierung dieser Statistiken an Hand von Großzählungen wie der Volks- und Berufszählung und der Arbeitsstättenzählung des Jahres 1987 gehören zu den vordringlichen Aufgaben. Allerdings werden dem IAB detaillierte Ergebnisse nicht vor Sommer 1990 zur Verfügung stehen.

Großzählungen sind und bleiben aber die Grundlage zahlreicher Projekte des IAB. Sie allein erlauben tief aggregierte Analysen in beruflicher, wirtschaftlicher und regionaler Gliederung und eine vielfältige Kombination solcher Merkmale. Damit lassen sich Strukturveränderungen auch im Detail für größere Zeiträume – etwa zurück bis 1950 – belegen.

Zusätzliche Möglichkeiten, aber auch zusätzliche Probleme ergeben sich durch die „Computerisierung“ der Fachaufgaben in der BA. Die dabei entstehenden Dateien bieten – in den Grenzen des Datenschutzes – vermehrte Analysemöglichkeiten in allen wesentlichen Fachbereichen wie Geldleistung, Vermittlung, Beratung. Die dabei notwendige Festlegung und Standardisierung der Erhebungsmerkmale schränkt allerdings die bisherige Flexibilität ein: Kurzfristig auftauchende Fragen werden deshalb nicht mehr in gleichem Umfang wie bisher durch eine leichte Veränderung des Erhebungsbogens zu beantworten sein.

Die Auswertung der Beschäftigtenstatistik der BA bereitet oft deshalb Schwierigkeiten, weil die riesigen Datenbestände zu beträchtlichen Rechenzeiten in der Datenverarbeitung führen. Deshalb wurde aus der Beschäftigtenstatistik eine repräsentative Stichprobe gezogen, die schneller und öfter Analysen und damit eine flexiblere Auswertung erlaubt. Die Beschäftigtenstatistik bleibt in den kommenden Jahren wichtige Datenbasis für Arbeitsmarktanalysen.

Ein weiteres Problem, das zusätzliche Anstrengungen erfordert, ist die oft unzureichende Vergleichbarkeit von internationalen Arbeitsmarktstatistiken. Fast alle wichtigen Größen – wie etwa Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, Bildungsteilnehmer – sind von Land zu Land anders definiert und lassen sich nur unter großen Schwierigkeiten und unter Verwendung von Schätzungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen.

Heute ist bereits absehbar, daß zusätzliche Statistiken für detaillierte Untersuchungen zur qualifikationsspezifischen Arbeitslosigkeit und für die Berechnung des Arbeitskräftepotentials nach Qualifikationsebenen erforderlich sind. Damit ließen sich auch Ursachen der Arbeitslosigkeit nach Ausbildungsniveau, Ausbildungsfachrichtung, Geschlecht oder Alter näher bestimmen.

Nötig sind auch zusätzliche Informationen über geringbesetzte oder neue Berufe und Fachrichtungen, welche die Wünsche der Praxis besser als bisher berücksichtigen. Die Ergebnisse von Routinestatistiken allein lassen kaum brauchbare Aussagen für diese Bereiche zu.

Die in anderen Ländern bereits entwickelten Zeit-Verwendungs-Statistiken (time-use-statistics), die die Verteilung von Arbeits- und Nichtarbeitszeiten belegen, sowie Statistiken über die Verteilung von Jahres- und Lebensarbeitszeit

(auch Phasen-Erwerbstätigkeit) fehlen in Deutschland immer noch.

Bestehende Statistiken sind auf ihre analytische Verwendungsfähigkeit zu überprüfen: Die Definitionen von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit mit ihren Überschneidungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung genügen nicht mehr allen Anforderungen. Sie sind teilweise auch zu erweitern. So sollte die Arbeitslosigkeit künftig stärker unter dem Gesichtspunkt der Mehrfachbetroffenheit betrachtet werden können, um das Volumen der Arbeitslosigkeit – die Gesamtzeit, in der jemand arbeitslos ist – zu analysieren.

Mehrere geschäftsstatistische Unterlagen der BA, die bisher auch aus datentechnischen Gründen wenig genutzt wurden, so insbesondere die Leistungsempfängerstatistik, bergen noch weitere Analysemöglichkeiten. Bei der Teilnehmerstatistik über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind die Zugänge, vor allem aber die Abgänge eingehend zu erfassen und mit der Beschäftigtenstatistik zu verbinden. Auch hier gelten die bewährten Vorkehrungen zum Datenschutz beim Umgang mit Sozialdaten.

In der *Theorie- und Grundlagenarbeit* sind die eingetretenen und voraussehbaren Änderungen im Arbeitsmarktgeschehen, die Fortentwicklung fremder Theorieleistungen und die veränderten rechtlichen, institutionellen und politischen Steuerungsweisen von Arbeitsmarktprozessen aufzuarbeiten. Hierzu zählt auch die intensive Auseinandersetzung mit den internationalen Arbeitsmarktproblemen und ihren Lösungen. Ein Weg hierzu sind nationale wie internationale Forschungskontakte zu Instituten, Universitäten und gesellschaftlichen Gruppen.

#### **Fazit für die Forschung**

*Im vierten Programmzeitraum wurde im IAB*

- eine aussagekräftige, leicht handhabbare Stichprobe aus der Gesamtdatenbank der Beschäftigten gezogen; erste Auswertungen über die Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen, über Fluktuationsvorgänge und Betriebsgrößen wurden vorgelegt. Diese Stichprobe wird jährlich aktualisiert und ermöglicht damit die – selbstverständlich anonyme – Beobachtung immer längerer Abschnitte individueller Erwerbsbiographien;

- der Zusammenhang zwischen individueller oder persönlicher Arbeitslosigkeit einerseits und dem Arbeitsloskeitsvolumen andererseits dargestellt. Unmittelbare Auswirkungen zeigen sich z. B. bei der Analyse des Leistungsbezugs. Sie bildet auch eine bessere Grundlage für Haushaltsberechnungen bzw. für Überlegungen über finanzielle Auswirkungen bei Gesetzesänderungen;

- die Ermittlung von Tätigkeitsmerkmalen im Mikrozensus und in einigen Erhebungen weiter vorangetrieben. Die BIBB/IAB-Erhebung von 1985/86 brachte hierzu ermutigende Ergebnisse. Datenschutzprobleme haben beim Mikrozensus eine Ausweitung der Merkmale und ihre variable Anwendung in einer Art Rotationsverfahren verhindert. Im fünften Programmzeitraum wird die Diskussion über bessere Erhebungswege und Merkmale wieder aufzunehmen sein.

Abwicklungsberichte über die anderen statistisch-methodischen Arbeiten, insbesondere der Prognosetätigkeit, werden in den jeweils zugehörigen Herausforderungen gegeben. Die Prognoseverfahren wurden vor allem um Szenarioelemente und Erhebungen bei Unternehmen ergänzt.

*Im fünften Programmzeitraum könnten Forschungsschwerpunkte sein:*

- in der zweiten Hälfte des Programmzeitraums die Auswertung der Großzählungen (Volks- und Berufszählung, Arbeitsstättenzählung) von 1987, mit all den zusätzlichen Interpretationsproblemen, die sich aus der verbreiteten Datenschutzskepsis der Befragten ergeben mögen;
- die methodische und substantielle Erweiterung der Prognostik durch Expertenbefragungen, Szenariotechnik und Frühindikatoren;
- die Fortsetzung von Arbeiten über die Bestimmungsgründe von Arbeitsmarktvorgängen. Prognosefähige Simulationsmodelle sollen dazu dienen, die Analyse von Arbeitsmarktbalancen zu verbessern;
- die Verknüpfung des Diagnoseinstruments Arbeitskräftegesamtrechnung mit der Bildungsgesamtrechnung, um eine Gesamtschau der wichtigsten Bewegungen im Bildungs- und im Beschäftigungssystem zu erreichen;
- die weitere Verbesserung der statistischen Grundlagen für Wirkungsanalysen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen. Vorschläge zur konzeptionellen Fortentwicklung der amtlichen Arbeitszeitstatistik sind zu entwickeln; in diese Überlegungen muß auch die Aufnahme des Merkmals Arbeitszeit in die Beschäftigtenstatistik der BA einbezogen werden;
- die verstärkte Nutzung qualitativer Verfahren, um z. B. durch Expertenbefragungen zusätzliche Informationen über Ausbildung und Beschäftigung zu gewinnen. Dabei ist zu prüfen, wie Experten aus den Arbeitsämtern und Landesarbeitsämtern zu beteiligen sind.

#### (16)

#### **Öffentlichkeit, Transparenz und Effizienz von Forschung sind durch Information und Dokumentation zu sichern.**

Mit Hilfe von Dokumentation, Information und praxisgerechter Umsetzung müssen die Forschungsergebnisse unter den Bedingungen einer modernen Informationsgesellschaft wirksam gemacht werden.

Die anhaltend schwierige Arbeitsmarktsituation läßt ein erhöhtes Interesse an Arbeitsmarktfragen auch weiter erwarten. Diesem Informationsbedarf muß die Forschung mit einem vielfältigen Informationsangebot und praxisbezogenen Umsetzungsbeiträgen entsprechen. Sowohl von wissenschaftlichen Beiträgen für Forschung und Lehre als auch von anwenderorientierten Darstellungen erwartet man einerseits eine stärkere Ausrichtung an Einzelfragen und damit abrufbare Informationsbausteine. Andererseits wächst aber auch der Bedarf an „Informationsbauplänen“, die solche Bausteine einordnen, zusammenfügen und den Blick vom Detail aufs Ganze lenken.

Die Fortschritte auf dem Gebiet der Informations- und Medientechnologien verändern die Bedingungen für die Herstellung und Verbreitung von Informationen. Die erdrückende Fülle von Daten, die sowohl Forscher als auch Praktiker und Fachleute beklagen, muß verdichtet und aufbereitet werden. Dem vielbeklagten „Informationsmangel bei gleichzeitigem Informationsüberfluß“ muß das IAB

mit seinem Dokumentationssystem, durch Informations- und Umsetzungsarbeit begegnen.

*Öffentlichkeit* ist Voraussetzung einer wirksamen arbeitsmarkt- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Den Zugang zu den Forschungsergebnissen des IAB gewährleisten die wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Instituts. Nur Öffentlichkeit kann die umfassende gesellschaftliche Nutzung von Forschung und auf Dauer ihre Effizienz gewährleisten. Umgekehrt wird die Qualität eigener Forschung durch die Diskussion mit Wissenschaft und Praxis angeregt und gefördert. Hierfür bleiben die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ das zentrale Forum.

Alle Erfahrungen zeigen, daß Forschungsergebnisse nicht automatisch auf eine interessierte Öffentlichkeit stoßen. Deshalb sind Kenntnisse über potentielle und tatsächliche Nutzer wichtige Voraussetzung für erfolgreiche *Informationsdarbietung und Informationsmarketing*. Zusammen mit den Reaktionen auf Veröffentlichungen bilden sie maßgebliche Orientierungen für die Entwicklung von Informationskonzepten und eine effiziente Bereitstellung und Verbreitung von Informationen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat das IAB im Laufe der Zeit ein breit gefächertes Medienspektrum entwickelt, mit dem auch im vergangenen Programmzeitraum ein nutzerorientiertes Informationsangebot gemacht werden konnte.

Im zurückliegenden Programmzeitraum gelang es, im Bereich der *Dokumentation* einen geregelten effizienten Datenbankbetrieb – Dokumentation von Literatur, Forschung und Institutionen – aufzunehmen. Dies war insbesondere auch möglich durch eine kontinuierliche Förderung durch den BMFT im Rahmen des Fachinformationsprogramms der Bundesregierung bzw. seiner Programmvorläufer. Die Datenbanken werden zum einen intern bereitgehalten, zum anderen ist über das Informationszentrum Karlsruhe ein wesentlicher Teil der IAB-Literatordokumentationsdaten in der Datenbank SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) für externe Nutzer on line zugänglich. Ausgangspunkt hierfür war die Erarbeitung einer kontrollierten Schlagwortliste sowie anderer Standardisierungen, die die methodische Seite des Dokumentationsprozesses vervollständigten. Zugleich konnte – hierauf aufbauend – das Dienstleistungsangebot in seinen Grundzügen neu konzipiert und erweitert werden. Hierzu zählen der Ausbau von gedruckten Dokumentationen (neu: Dokumentationsprofile) und deren jährliche Aktualisierung. Hinzu kommen Dienstleistungen, die auf den individuellen Informationsbedarf abstellen, nämlich individuelle Recherchen und Profildienste. Durch Zusammenarbeit mit dem Informationszentrum Sozialwissenschaften und seinem sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem (SOLIS) konnte der direkte, BA-externe Zugang zur Literaturdokumentation des IAB eingeleitet werden. Insgesamt nahm die Nutzung der Dokumentationsdienstleistungen des IAB erheblich zu. Eine wesentliche Aufgabe bleibt es, die Konzepte des Angebots von Ergebnissen dokumentarischer Arbeit ständig zu überprüfen und dem Bedarf anzupassen.

Forschung kann nur wirken, wenn ihre Ergebnisse ankommen. Dies setzt in vielen Fällen *Umsetzung* voraus, wenn nur auf diesem Wege jene erreicht werden können, denen Forschung helfen soll. So bleibt die mediale Umsetzung mit Hilfe organisierter technischer Mittel ein kostengünstiges und effizientes Verfahren zur Einlösung dieser Forderung. Gleichwohl wird diese Umsetzungsleistung auch weiterhin

zu einem erheblichen Teil personal, also im beratenden Gespräch durch die Mitarbeiter und in kritischer Diskussion zu erbringen sein.

Im zurückliegenden Programmzeitraum galt deshalb das Augenmerk einer weiteren Verbesserung der Umsetzungsstandards in den „Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ sowie deren Ergänzung um eine neues Medium: Mit den „materialien aktuell“ ist ein flexibles, thematisch breiter streuendes und knapp informierendes Umsetzungsprodukt entstanden, das in relativ kurzer Zeit auf positive Resonanz in den Arbeitsämtern und der Fachöffentlichkeit gestoßen ist. Die unmittelbare Ansprache der allgemeinen Öffentlichkeit wurde zusätzlich mit Hilfe mobiler Ausstellungsstände (Informationswände) zu aktuellen Arbeitsmarktthemen gesucht. Sie sind inzwischen zu einem festen Bestandteil der Umsetzungsaktivitäten des IAB geworden. Auch in verschiedene BA-Medien (beruf aktuell, ibv, mach's richtig, STEP, abi, UNI u. a. m.) wurden Beiträge zur Umsetzung von IAB-Forschungsergebnissen eingebracht.

Die mediale Umsetzungsaufgabe des IAB muß an einem mehrstufigen Konzept orientiert bleiben, damit die Forschungsergebnisse sinnvoll genutzt werden können:

- Entwicklung, Sammlung, Auswahl und Aufbereitung der Informationen nach Kriterien wie Aktualität, Zielgruppenreignung und Handlungsbedarf;
- Umsetzung der Ergebnisse für Nutzergruppen innerhalb und außerhalb der BA sowie für bestimmte Problemlagen und Fragestellungen unter Verwendung der geeigneten Medien und Kommunikationstechniken;
- Bereitstellung derart umgesetzter Ergebnisse unter Beachtung von Zielgruppen, Anlässen und eigenen Informationsanliegen;
- Förderung der Verbreitung, Aufnahme und Wirksamkeit der Forschungsergebnisse z. B. durch Nutzeranalysen, Abbau von Hemmnissen bei der Informationsverwendung, Schulung, Forschungstreffen, Konferenzen;
- Verstärkte Beobachtung von Resonanzen auf Forschungsergebnisse (Rückkoppelung).

Nicht für alle Informationen wird jeder dieser Schritte erforderlich sein, um das angestrebte Informationsziel zu erreichen. Jeweils andere Informationsmuster gelten bei der Aufbereitung für Wissenschaftler, bei der direkten Politikberatung, bei der Versorgung der Beratungs- und Vermittlungsdienste der BA oder bei der Herstellung einer allgemeinen Öffentlichkeit. Wegen des steigenden Informationsbedarfs und der zunehmenden Forderung nach Praxishilfen, aber auch wegen des Gebotes der Wirtschaftlichkeit verlangen Umsetzung, Bereitstellung und Rückkoppelung weitere Anstrengungen.

#### **Fazit für die Hauptaufgaben der Dokumentation, Information und Umsetzungsdienstleistungen des IAB:**

- Die Umsetzung der Forschungsergebnisse des IAB für vielfältige Anlässe und Zielgruppen bleibt Daueraufgabe. Hierfür werden die traditionellen Mittel und Wege ebenso weiterzuentwickeln sein wie die Anwendung moderner, DV-gestützter Herstellungsverfahren. Das Ziel muß darin bestehen, Informationen künftig noch rationeller herzustellen, flexibler einzusetzen und rascher zu verbreiten. Das Veröffentlichungsprogramm und das Medienangebot des IAB ist den Markterfordernissen, den Nutzerbedürfnissen

und Problemlagen ebenso anzupassen wie den sich ändernden Produktionsbedingungen. Die Möglichkeiten, in anderen BA-Medien Umsetzungsbeiträge zu leisten, sind auch künftig wahrzunehmen;

- Auch systematische Darstellungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und ihrer Ergebnisse werden weiterhin benötigt: für die Aus- und Fortbildung des Personals der BA sowie ihre Informationseinrichtungen, für Praktiker und Fachleute in Politik, Verwaltung, Selbstverwaltung, Verbänden, Unterricht und Publizistik. Anzuknüpfen ist an die bereits vorgelegten Forschungsinventuren „Quintessenzen“ und „Konzepte“. Ein Wörterbuch aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie der Beitrag zu einem Lehrbuch für Ausbildungszwecke der BA sind in Arbeit;

- Die Finanzierung wesentlicher Teile der Dokumentationsarbeit aus Projektmitteln des BMFT ist zu konsolidieren, da inzwischen die Aufbauphase der Datenbanken weitgehend abgeschlossen ist und in die Dauerbetriebsphase übergeht. Für den in gemeinsamer Bund-Länder-Finanzierung realisierten Teil der Datenbankzulieferung (Soziologie, Bevölkerungswissenschaft, Sozialgeschichte) konnte diese Konsolidierung Ende 1986 durch Gründung der Gesellschaft sozialwissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen (GESIS) bereits realisiert werden, während dies für den Bereich der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung noch aussteht;

- Die vorhandenen Informationsspeicher (Literatur-, Forschungsprojekte- und Institutionendatenbank) sind weiter auszubauen;

- Eine zentrale Aufgabe besteht darin, die integrierte Nutzung der vorhandenen Informationsspeicher zu ermöglichen und Verbundmöglichkeiten mit anderen Informationssystemen daraufhin zu prüfen, ob sie zu einer größeren Kosteneinsparung und gesteigerten dokumentarischen Effizienz beitragen können. Die im IAB bestehenden und entstehenden Datenbanken sind zu einem integrierten Informationskonzept zu verzahnen;

- Die Verzahnung mit und die Nutzung von BA-externen Informations- und Dokumentationssystemen sind weiterzuentwickeln. Bei der Entwicklung eines BA-internen integrierten Informations- und Dokumentationswesens ist die IAB-Dokumentation einzubringen. Gleiches gilt für die im IAB entstehenden Informationssysteme;

- Auf mittlere Sicht ist zu überlegen, wie der wachsenden Nachfrage nach direkten, problembezogenen Informationen aus dem IAB im Rahmen von Datenbankkonzepten begegnet werden könnte. Denkbar wäre ein Angebot von Volltextbausteinen-z. B. aus MatAB, materialien aktuell, MittAB, Kurzberichten, Zahlenfibel -, das die Informationen dem Nutzer direkt über den Bildschirm zugänglich macht.

(17)

#### **Steigende Bedürfnisse der Forschung und neue technische Möglichkeiten erhöhen die Ansprüche an die Datenverarbeitung im IAB.**

Die Anstrengungen im vierten Programmzeitraum dienen dem Aufbau einer leistungsfähigen EDV-Infrastruktur

innerhalb des IAB. Terminals in allen Arbeitsbereichen ermöglichen den Zugang zu Datenbanken und einer Vielzahl von Analysemethoden. Die DV-Untersützung umfaßt alle Tätigkeitsbereiche. Das breite Spektrum von der Literaturrecherche über die Datenerhebung und Datenanalyse bis hin zur Modellbildung und der Erstellung von druckreifen Unterlagen in Form von Texten, Tabellen und Graphiken wird abgedeckt.

Die immer drängender artikulierte Forderung nach Regionalisierung von Forschungsergebnissen bedingt den Anschluß der Forschungsreferate bei den Landesarbeitsämtern an die EDV des IAB. Hier zeichnet sich ein Schwerpunkt der Arbeit im DV-Bereich für den fünften Programmzeitraum ab.

Mit dem Begriff der EDV assoziiert man im allgemeinen die Rationalisierung von Arbeitsabläufen bzw. das Recherchieren nach Information in vorhandenen Datenbeständen. Für eine derartige Nutzung besteht bei den Forschungsreferaten sicherlich auch Bedarf. Primäres Erfordernis aber wird das eigenständige Erarbeiten von Informationen zu jeweils aktuellen Fragen sein. Also handelt es sich hier nicht um Information, die fertig vorliegt und nur abgerufen zu werden braucht. Vielmehr muß durch gezielte Formulierung von Fragen und Berechnungen unter Ausnutzung des DV-technischen Instrumentariums (wie Auswahl, Kombination und Transformation aus den gespeicherten Daten) die Information jeweils neu geschaffen werden. Ein solches Vorgehen ist grundverschieden von EDV-gestützter Sachbearbeitertätigkeit. Während bei dieser ein schematisiertes Programm mit einem fest umrissenen Rahmen auf der EDV-Anlage mit täglich wiederkehrender Regelmäßigkeit abgewickelt wird, ist im anderen Fall die Wiederholung die Ausnahme. Was wie zu machen ist, muß von Fall zu Fall neu überlegt werden. Die EDV stellt „Werkzeuge“ bereit und hält Daten gespeichert. Von der Kreativität und dem Geschick im Umgang mit den gebotenen Möglichkeiten hängt der Erfolg der Arbeit ab. Es müssen deshalb alle Schulungshilfen und geeignetes Lehrmaterial bereitgestellt werden, damit der Einstieg erleichtert wird und ein erfolgreiches Arbeiten gewährleistet ist.

Mit dem Betriebssystem „UNIX“ rückt die Erfüllung des Wunsches nach herstellerunabhängiger Software in greifbare Nähe. Hierfür muß im IAB die bestehende Software Zug um Zug umgestellt werden. Der hierzu erforderliche Aufwand ist beträchtlich und stellt einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit dar.

#### **Fazit für die Hauptaufgaben der DV im IAB**

*Schwerpunkte im vierten Programmzeitraum waren*

- Auf- und Ausbau der DV-technischen Infrastruktur im IAB;
- Entwickeln von Datenbanksoftware;
- Aufbau von Datenbanken;
- Entwickeln von DV-Programmen zur Datenanalyse;
- Entwickeln von DV-Programmen zur Ergebnisdarstellung in Form von Texten, Tabellen und Graphiken;
- Aufbau einer umfangreichen Methodenbank zur Unterstützung der Arbeit des IAB durch die EDV.

*Schwerpunkte im fünften Programmzeitraum könnten sein:*

- Einbeziehung der Forschungsreferate in die DV-technische Infrastruktur des IAB;
- Erarbeitung von Schulungsmaterial und DV-Handbüchern mit Fallbeispielen;
- Erarbeitung von Datenbankübersichten;
- Ausbau des Datenbankangebotes, besonders unter Berücksichtigung regionaler Aspekte;
- Schulung der Anwender;
- Anpassung von Daten und Methoden an sich wandelnde Fragestellungen;
- Umstellung der Software auf das Betriebssystem „UNIX“.